



Plenarprotokoll

20. Sitzung

Kiel, Freitag, 15. Dezember 2000

Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe	1459	Caroline Schwarz [CDU]	1471, 1479
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/567		Anna Schlosser-Keichel [SPD]	1472
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/606		Dr. Heiner Garg [F.D.P.]	1473
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/608		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1475
Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/567 (neu)		Silke Hinrichsen [SSW]	1476
Birgit Herdejürgen [SPD].....	1459	Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	1478
Jost de Jager [CDU]	1461	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1480
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1463	Beschluss: Ablehnung	1480
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1464	Internat Schloss Plön	1480
Anke Spoorendonk [SSW].....	1466	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/364	
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	1468	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/423	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	1469	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 15/564	
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/567 (neu)	1470	Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	1480
Familienpreis Schleswig-Holstein	1470	Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	1481
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/551		Dr. Henning Höppner [SPD]	1482
		Jost de Jager [CDU]	1483
		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1484
		Anke Spoorendonk [SSW].....	1486
		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	1486, 1490

Ursula Kähler [SPD]	1488	Gemeinsame Beratung	1498
Ursula Sassen [CDU]	1489	a) Entwicklung der Christian-Albrechts-	
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]	1489	Universität zu Kiel	1498
Beschluss: Ablehnung	1490	Antrag der Fraktion der F.D.P.	
a) EU-Grundrechte-Charta	1490	Drucksache 15/187	
Antrag der Fraktionen von SPD und		Bericht und Beschlussempfehlung des	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Bildungsausschusses	
Drucksache 15/465		Drucksache 15/561	
b) Charta der Grundrechte der Europäi-		b) Zukunft der Agrar- und Ernährungs-	
schen Union	1490	wissenschaftlichen Fakultät	1498
Antrag der Fraktion der CDU		Antrag der Fraktion der F.D.P.	
Drucksache 15/482		Drucksache 15/237	
Bericht und Beschlussempfehlung des		Änderungsantrag der Fraktionen von	
Europausschusses		SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 15/566		Drucksache 15/256	
Rolf Fischer [SPD], Berichterstatter	1490	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
Ulrike Rodust [SPD]	1491	Drucksache 15/259	
Peter Lehnert [CDU]	1492	Bericht und Beschlussempfehlung des	
Joachim Behm [F.D.P.]	1493	Bildungsausschusses	
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE		Drucksache 15/562	
GRÜNEN]	1493	c) Zielvereinbarungen zwischen dem	
Anke Spoorendonk [SSW]	1495	Land und den Hochschulen	1498
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	1496	Antrag der Fraktion der F.D.P.	
Beschluss: Annahme	1497	Drucksache 15/365	
Haushaltsrechnung und Vermögensüber-		Bericht und Beschlussempfehlung des	
sicht für das Haushaltsjahr 1999	1498	Bildungsausschusses	
Bericht des Ministers für Finanzen und		Drucksache 15/563	
Energie		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD],	
Drucksache 15/540		Berichterstatter	1498
Beschluss: Überweisung an den Finanzaus-		Beschluss: Annahme des Antrages Druck-	
schuss	1498	sache 15/365	1499
Stellungnahme in dem Organstreitver-		Auswirkungen von Multimedia an Schles-	
fahren des Mitgliedes des Deutschen		wig-Holsteins Schulen	1499
Bundestages Ronald Pofalla gegen den		Antwort der Landesregierung auf die Große	
Deutschen Bundestag und den		Anfrage der Fraktion der CDU	
Präsidenten des Deutschen Bundestages		Drucksache 15/434	
wegen Verletzung von Abgeordneten-		Bericht und Beschlussempfehlung des Bil-	
rechten	1498	dungsausschusses	
Bericht und Beschlussempfehlung des In-		Drucksache 15/565	
nen- und Rechtsausschusses		Beschluss: Kenntnisnahme	1499
Drucksache 15/552		a) Verringerung der Arbeitslosigkeit	
Monika Schwalm [CDU],		längerfristig Arbeitsloser	1499
Berichterstatterin	1498	Antrag der Fraktion der CDU	
Beschluss: Annahme	1498	Drucksache 15/215	

b) Erfolgskontrolle im Programm „ASH 2000“	1499
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/431	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschuss Drucksache 15/568	
Andreas Beran [SPD], Berichterstatter...	1499
Beschluss: Ablehnung des Antrages Druck- sache 15/215	1499
Finanzielle Absicherung des Programms „Ziel: Zukunft im eigenen Land“ (2000 - 2006)	1499
Bericht der Landesregierung	
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirt- schaftsausschusses Drucksache 15/579	
Roswitha Strauß [CDU], Berichterstatterin	1499
Beschluss: Kenntnisnahme.....	1499

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi-
dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und
Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis-
senschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und
Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume,
Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Schönen guten Morgen allerseits! Wir treten wieder in
die Tagesordnung ein. Auf der Tribüne darf ich Besu-
cher der Klaus-Groth-Realschule in Kiel, des CDU-
Ortsverbandes Altenholz und der Jugendweihegruppe
Bad Bramstedt begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/567

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/606

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/608

Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 15/567 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist
nicht so.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion
der SPD der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen
das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Bereits im achten Jugendbericht, vorgelegt im
Jahr 1990, wurde auf die Notwendigkeit einer ver-
stärkten **Zusammenarbeit von Schule und Jugend-
hilfe** hingewiesen. Auch der aktuelle Bericht, inzwi-
schen der zehnte, räumt diesem Bereich einen hohen
Stellenwert ein. Die fachliche Bewertung dieses The-
menkomplexes greift dabei aktuelle Entwicklungen der
Praxis auf. Zahlreiche Projekte, in denen schulische
Angebote mit denen der Jugendhilfe zusammengeführt
werden, machen deutlich, dass die Betroffenen eine
Verknüpfung der beiden bislang getrennten Systeme
für dringend erforderlich halten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN und SSW sowie des Abgeordneten Dr.
Heiner Garg [F.D.P.]

Veränderte Lebenswelten von Kindern und Jugendli-
chen, veränderte Sozialisierungsprozesse und Pro-
blemlagen erfordern auch eine Anpassung der institu-
tionellen **Rahmenbedingungen**. Schule ist unter den

(Birgit Herdejürgen)

heutigen Rahmenbedingungen nicht in der Lage, mit dem Fachpersonal allein den Auftrag von Bildung und Erziehung zu erfüllen. Lehrerinnen und Lehrer sind zunehmend konfrontiert mit aggressivem Verhalten von Kindern, Aufmerksamkeitsstörungen, sozialen Problemen, Angst und zurückgezogenem Verhalten - Problemfelder, auf die sie nur unzulänglich vorbereitet sind. Auf der anderen Seite sind es aber gerade die Lehrerinnen und Lehrer, die durch ihre täglichen Begegnungen mit den Kindern und Jugendlichen in der Lage sind, Auffälligkeiten wahrzunehmen und eine aktive Rolle in der Prävention zu übernehmen.

Die Maßnahmen der **Jugendhilfe** als die andere Seite der Medaille sollen das gesamte Umfeld der Jugendlichen - so sagt das KJHG - in ihre Handlungskonzepte einbeziehen. Die **Schule** ist eine der wichtigsten Lebensräume und darf nicht ausgeklammert werden, wie dies zum Beispiel in der Jugendhilfeplanung immer noch passiert; da kommt Schule in der Regel nicht vor. Eine Zusammenarbeit ist umso wichtiger, da durch den Wandel der Familie außerfamiliäre Erziehungs- und Bildungsprozesse einen entscheidenden Bedeutungszuwachs erlangt haben, der ein Umdenken in den beteiligten Institutionen erfordert.

Schulische Angebote und Angebote der Jugendhilfe können und sollen einander nicht ersetzen, aber sie sollen sich sinnvoll ergänzen. Letztlich profitieren beide Systeme von einer **Vernetzung** -

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

die Schule durch die Bereitstellung sozialpädagogischer Kompetenz, die Jugendhilfe durch die Einbeziehung des Lebensraumes Schule als Handlungsfeld.

Die rechtlichen Grundlagen sehen eine Kooperation von Schule und Jugendhilfe zwar vor, sind dabei aber wenig konkret und verbindlich. Schule und Jugendhilfe sind - abgesehen von beispielhaften Modellprojekten - in der Praxis immer noch zwei voneinander getrennte Bereiche, die sich zwar mit der gleichen Zielgruppe beschäftigen, sich aber in der Annäherung sehr schwerfällig zeigen.

Unterschiedliche organisatorische Strukturen, ministerielle und finanzielle Anbindungen und unterschiedliche pädagogische Konzepte erschweren eine Zusammenarbeit. Dennoch stimmen beide Bereiche in ihren grundlegenden Zielsetzungen überein, nämlich Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeit zu stärken, sie zu eigenverantwortlichem Handeln zu bewegen und ihnen die Kompetenzen zu vermitteln, die ein Leben in der Gemeinschaft ermöglichen - wichtige Aspekte

auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte zum Rechtsradikalismus.

(Beifall im ganzen Haus)

Weder das System Schule noch die Jugendhilfe kann dies für sich allein leisten. Daher ist es dringend erforderlich, die oben beschriebenen Kooperationshemmnisse zu überwinden und bessere Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit zu schaffen. Dass **Kooperation** machbar und von den Beteiligten gewünscht ist, zeigen die Beispiele schleswig-holsteinischer Projekte. Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch sehr unterschiedlich strukturiert haben sich hier Kooperationen entwickelt, die stark an den regionalen Bedürfnissen orientiert sind. Ein verbindliches Konzept zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe muss die Verschiedenartigkeit dieser Projekte zulassen und unterstützen. Nur so sind bedarfsgerechte Angebote sicherzustellen.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kooperationspartner schleswig-holsteinischer Projekte sind neben den Schulen und Jugendämtern Vereine, Verbände, Jugendzentren, aber auch die Polizei, das Arbeitsamt oder die Kreishandwerkerschaft. Die Maßnahmen reichen von der Hausaufgabenhilfe über sportliche oder musikalische Nachmittagsangebote bis hin zu gewalt- oder suchtpreventiven Vorhaben. Es gibt Angebote im Freizeitbereich, aber auch unterrichtsbegleitende sozialpädagogische Unterstützung. Sie sehen: ein breites Feld!

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei denen bedanken, die sich sehr häufig unter hohem Zeitaufwand zumeist ehrenamtlich in den Projekten engagieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Beteiligten haben vor Ort bewiesen, dass es sinnvoll ist, institutionelle Schranken einmal zu vergessen und bei der Gestaltung der Zusammenarbeit jede Menge Fantasie und Biss an den Tag zu legen. Das ist sicherlich nicht selbstverständlich. Entsprechende Angebote sind in Schleswig-Holstein aber immer noch Einzelfälle, mit starker Konzentration auf die größeren Städte, aber auch im ländlichen Raum gibt es beispielhafte Projekte, beispielsweise in Schafflund - um nur eines zu nennen -, die sehr erfolgreich arbeiten. Von einem flächendeckenden Angebot kann aber keinesfalls die Rede sein. Kooperationen sind stark abhängig vom Engagement Einzelner. Damit unterliegt es einem gewissen Zufall, ob ein Kind eine Förderung erhält

(Birgit Herdejürgen)

oder nicht. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall bei SPD und SSW)

Die SPD-Fraktion hat sich innerhalb einer arbeitskreisübergreifenden Arbeitsgruppe mit diesem Themenkomplex beschäftigt. Gespräche mit den Projektträgern und mit den kommunalen Spitzenverbänden haben uns gezeigt, dass der Bedarf für eine verstärkte Vernetzung von Schule und Jugendhilfemaßnahmen von beiden Seiten gesehen wird. Wichtig ist es, schnell zu konkreten Handlungsansätzen zu kommen und sich nicht länger in fachtheoretischen Diskussionen zu ergehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Gespräche haben auch deutlich gemacht, welche Probleme sich zurzeit bei der Durchführung kooperativer Maßnahmen ergeben. Eine langfristige finanzielle Absicherung der **Maßnahmen** ist in der Regel nicht gegeben. Die Suche nach qualifiziertem **Personal** wird dadurch erschwert, die **Kontinuität** in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen kann über einen längeren Zeitraum nicht gewährleistet werden. Problematisch ist dies unter anderem, da innerhalb der Projekte mangels fachlicher Vorgaben Handlungskonzepte häufig erst erarbeitet werden müssen. Um diese Konzepte bewerten zu können, ist eine längerfristige Geltung der Maßnahmen unumgänglich.

Ein Großteil der schleswig-holsteinischen Projekte wird zumindest teilweise - ich habe es angesprochen - ehrenamtlich begleitet. Der bisherige verwaltungstechnische Aufwand von der Organisation über die Finanzierung bis zur Durchführung der Maßnahmen ist von ehrenamtlicher Seite kaum zu leisten. Die Ausrichtung der Hilfen zur Erziehung entsprechend KJHG erschwert die Finanzierung einzelfallunabhängiger Maßnahmen im Sinne offener präventiver Jugendarbeit.

Um einen verlässlichen Rahmen regionaler Aktivitäten in Bereichen der Kooperation zu schaffen, wird die **Landesregierung** aufgefordert, in interministerieller Zusammenarbeit ein inhaltliches und finanzielles **Konzept** zur besseren Vernetzung von Schule und Jugendhilfe zu erarbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die zu berücksichtigenden Punkte sind in unserem Antrag aufgeführt. Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und CDU)

unter Einbindung der vorliegenden Änderungsanträge.

In diesem Zusammenhang noch einige Erläuterungen zu einem Prüfauftrag. Verschiedene Projekte setzen Lehrer zur Betreuung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Problemlagen ein. Dies kann sinnvoll und bewusst so gewollt sein, um den Bildungsauftrag zum Beispiel innerhalb einer vom regulären Unterricht getrennten Lernwerkstatt zu gewährleisten oder um auch den Lehrern sozialpädagogische Kompetenz zu vermitteln. Möglicherweise ist dies aber auch eine aus der Not geborene Konstruktion. Wir möchten mit unserem Prüfauftrag Informationen darüber erhalten, inwieweit es sinnvoll ist, teure Lehrerstunden in diesen Fällen möglicherweise durch sozialpädagogische Kräfte zu ersetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Wir haben die ursprüngliche Formulierung geändert, um Missverständnissen vorzubeugen. Ich hoffe, dass wir den vielen in diesen Bereichen engagierten Menschen schnell die notwendige Unterstützung bieten können, und bitte darum, dem gemeinsamen Antrag mit den vorgetragenen Ergänzungen zuzustimmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede im Parlament!

(Beifall)

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Herdejürgen, auch von mir einen Glückwunsch zu der Jungferrede. Wenn alle Reden, die Sie zum Thema Bildung halten werden, eine so große Einigkeit im Hause wie heute herstellen, dann wird sich das Koordinatensystem der Bildungspolitik hier ändern.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt bei der SPD)

Schon jetzt ist es so, dass ich mein vorbereitetes Manuskript eigentlich nicht weiter verwenden kann und die darin eingebauten Gemeinheiten gar nicht anbringen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

(Jost de Jager)

Ich möchte zunächst einmal sagen, dass wir mit dem gefundenen **Verfahren** natürlich einverstanden sind. Es gibt einen gemeinsamen **Antrag**, der gleichwohl die unterschiedlichen Ansätze, die die Fraktionen bei diesem Thema, bei dem wir im Wesentlichen Einigkeit haben, berücksichtigt.

Was die Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und anderen Trägern anbelangt, haben wir auf den ersten Blick das Gleiche vor. Der Ansatz, den wir gewählt haben, ist jedoch ein bisschen breiter gefächert und globaler angelegt. Wir wollen in dem vorzulegenden Bericht nicht nur die Wechselwirkung zwischen **Jugendhilfe** und **Schule** berücksichtigen wissen, sondern auch die Zusammenarbeit mit anderen Trägern und Einrichtungen systematisch erfasst haben. Nur eine systematische Erfassung des Gesamtbildes zeigt uns, an welchen Stellschrauben wir drehen müssen, um eine Ausweitung des Angebots ganztägiger Betreuung wirklich in gemeinsamer Anstrengung von Land und Kommunen zu erreichen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es darf nicht der Eindruck aufkommen, dass wir als Landespolitiker und Schulpolitiker der Auffassung sind, es sei gut, die ganztägigen Angebote auszuweiten, die Verantwortung dafür aber im Wesentlichen bei den Kommunen und den Schulträgern vor Ort belassen. Wenn wir dafür eine schulpolitisch positive Formulierung finden wollen, muss das Land bereit sein, dazu einen Beitrag zu leisten. Deshalb brauchen wir ein Gesamtbild. Auch dieser Aspekt ist in den Antrag eingeflossen.

Ich darf unsere Position im Allgemeinen dazu noch einmal kurz erläutern. Die Bedingungen auch für die Schulen im Lande haben sich geändert. Aus diesem Grunde gibt es bundesweit und nicht nur bei uns eine bildungspolitische Diskussion über die **Inhalte** und die **Effizienz** von Schule und Unterricht, aber auch über die Fragen der **Organisation**. Es geht um die Ausweitung halbtägiger und ganztägiger Betreuungsangebote an Grundschulen, aber auch an weiterführenden Schulen. Wir müssen dabei gesellschaftliche Entwicklungen und eine Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt zur Kenntnis nehmen. Wir müssen diese Veränderungen aufnehmen und bei dem Angebot staatlicher Schulen berücksichtigen.

Zusätzlicher Bedarf an Betreuungsangeboten an Schulen und einem ausgeprägteren Erziehungsauftrag der Schulen definiert sich dabei positiv wie negativ. Positiv definiert er sich dadurch, dass es einen **Bedarf** gerade vieler junger Eltern an verlässlichen Halbtags-schulzeiten in der Grundschule gibt und gerade diese

jungen Eltern ganztägige Betreuung auch an weiterführenden Schulen entweder ständig oder zumindest an einzelnen Tagen nutzen wollen. Es ist familienpolitisch und auch schulpolitisch richtig, diesen Bedarf junger Eltern aufzunehmen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich der Bedarf an zusätzlicher Ganztagsbetreuung und einem stärkeren Erziehungsauftrag genauso auch negativ definiert. Es gibt eine wachsende Zahl von Elternhäusern, in denen die Erziehung und die Betreuung der Kinder nicht oder nicht ausreichend gewährleistet werden. Hier entsteht ein Erziehungs- und auch Betreuungsloch, das wir ebenfalls aus sozial- und familienpolitischen sowie schulpolitischen Gründen schließen müssen.

Die CDU beteiligt sich an Diskussionen um vermehrte ganztägige Angebote nicht erst seit der Vorlage dieses Antrages. Wir haben zum Beispiel bei der Hauptschulinitiative, die wir im Sommer dieses Jahres vorgelegt haben und die wir ebenfalls in großer Gemeinsamkeit ab Januar in verschiedenen Ausschusssitzungen beraten wollen, bereits gesagt, dass wir uns die **ganztägige Betreuung** als ein Profil bildendes Element der **Hauptschule** vorstellen können. Ganztägige Betreuung ist natürlich nicht nur für die Schulart Hauptschule ein Kennzeichen. Gerade die Schulart Hauptschule muss allerdings in ganz besonderer Weise ein Angebot einer ganztägigen Betreuung vorhalten. Diese ganztägige Betreuung bedeutet nach unseren Vorstellungen nicht nur eine Verlängerung des Aufenthalts in der Schule auf den Nachmittag, sondern soll natürlich auch das ergänzen, was am Vormittag geschieht. Dabei soll sie sich besonders um solche Schüler kümmern, die einer besonderen Betreuung auch am Nachmittag bedürfen. Wir müssen deshalb - auch das haben wir in unsere bildungspolitische Kampagne aufgenommen - darüber nachdenken, dass wir hier schulpolitisch etwas ändern müssen. Dies geht hin bis zur Forderung nach flächendeckender Einführung von **Ganztags-schulen** dort, wo es gewünscht wird.

Dabei wird immer die Frage der **Finanzierung** aufgeworfen. Wir wissen, dass dies enorme finanzielle Anstrengungen nach sich zieht. Unter anderem mit dem Antrag, den wir jetzt gemeinsam verabschieden werden, werden wir Kenntnis von dem benötigten Umfang der ganztägigen Betreuung erlangen und damit eine Grundlage für die weitere Diskussion erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte zum Schluss noch auf einen Punkt hinweisen, der über den Gegenstand dieses Berichts-antrages

(Jost de Jager)

eigentlich hinausgeht. Er ist eher pragmatischer Natur und will gewisse Dinge einfach abprüfen.

Ich persönlich glaube, dass wir zunehmend durch neue Herausforderungen auch in der Schulpolitik an die Grenzen der Kameralistik stoßen, dass wir an die Grenzen der jetzigen Zuständigkeiten im Zusammenhang mit der Schulfinanzierung insgesamt stoßen. Die Aufteilung, wie wir sie im Moment haben, dass das Land für das pädagogische Personal zuständig ist und die Kommunen für den Rest, sprich für die sächliche Ausstattung und die Bereitstellung von Betreuungsangeboten, stößt an ihre Grenzen, wenn wir das, was die Kommunen machen wollen, als Teil einer landespolitischen Forderung begreifen. Deshalb müssen wir uns, ungeachtet der ersten pragmatischen Schritte, die wir jetzt machen, grundsätzlich Gedanken darüber machen, ob die Schulfinanzierung, wie wir sie im Moment haben, in einem Flächenland noch dem aktuellen Stand der Dinge entspricht.

Das müssen wir machen für den Bereich der Betreuung. Wir müssen das meiner Auffassung nach aber genauso machen etwa für die Bereiche Multimedia und deren Ausstattung. Auch dort haben wir es, dass etwas, was wir landespolitisch fordern, in erster Linie auf einer anderen Ebene, den Schulträgern, umgesetzt werden muss, wir also mit landespolitischen Forderungen sehr schnell das Geld anderer Leute ausgeben. Deshalb sollten wir diesen Antrag zum Anlass nehmen, einmal grundsätzlich in die Frage einzusteigen, ob es hier nicht auch Änderungsbedarf gibt.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist der Name Programm! - Renate Gröpel [SPD]: Der Name verpflichtet!)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zusammenarbeit zwischen **Schule** und **Jugendhilfe** muss entscheidend verbessert werden. Weil beide Bereiche heute allzu oft nebeneinander operieren, wird in vielen Fällen nicht ausreichend pädagogische Hilfe geleistet. Pädagogische Hilfe kommt in vielen Fällen nicht hinreichend bei denen an, die sie brauchen.

Ich möchte den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dafür danken, dass sie sich dieses Themas Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe mit ihrem Antrag angenommen haben. Ihnen, Frau Herdejürgen und Frau Birk, danke ich sehr herzlich, dass Sie bereit

waren, Änderungsvorschläge, die ich gestern eingebracht habe, aufzunehmen. Das macht uns die Entscheidung leicht, den **Antrag**, der nun ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen ist, zu unterstützen.

Es war ein aus unserer Sicht ganz entscheidender Kinken darin, eine Formulierung, die auf Kritik stieß, weil sie die Möglichkeit bot, dass **Unterrichtsangebote** generell durch **sozialpädagogische Hilfen** ersetzt werden könnten. Das ist in einer Zeit, in der der Unterrichtsausfall sehr groß ist, in der die Reduzierung des Unterrichtsangebotes relativ schwerwiegend gewesen ist, ein Punkt gewesen, bei dem wir Nein hätten sagen müssen. Das ist jetzt in dem Sinn präzisiert worden, wie das Frau Herdejürgen in ihrer Rede vorhin ausgeführt hat. Es geht nur um solche Fälle, in denen bereits heute Lehrkräfte unterrichtsbegleitende pädagogische Arbeit leisten, dort eingesetzt werden. Nur in solchen Fällen, in denen es nicht eigentlich um Unterricht geht, muss man in der Tat überlegen, ob man in Zukunft nicht die für sozialpädagogische Arbeit ausgebildeten Fachkräfte anstelle von Lehrerinnen und Lehrern einsetzt. Das ist jetzt in dem Antrag mit absoluter Deutlichkeit geändert worden. Damit können wir ihm zustimmen.

Ich freue mich sehr, dass in den gemeinsamen Antrag zwei Punkte aufgenommen worden sind, die wir gern ergänzt haben wollten. Das ist erstens der Bereich der Einbeziehung der Tätigkeit von **Erziehungsberatungsstellen**, des schulpsychologischen Dienstes und ähnlicher Einrichtungen. Ich meine, dass deren Hilfeangebote im Rahmen eines Handlungskonzeptes, das die Landesregierung erarbeiten soll, berücksichtigt werden sollten. Das ist wichtig.

Der zweite Punkt, den wir gern aufgenommen wissen wollten, betrifft die Zusammenarbeit zwischen Schulen und **Erziehungsheimen**. Sie wissen aus Ihrer Praxis als Abgeordnete in Wahlkreisen sicherlich, dass es da manchmal zu erheblichem Problemstau kommt, dass es schwierig ist, wenn Heime Kinder von außerhalb des Landes Schleswig-Holstein aufnehmen, Berliner Kinder, die in Heime eingewiesen beziehungsweise dort untergebracht werden. Anschließend sind die Schulen verpflichtet, sie aufzunehmen und zu unterrichten. Da hakt es oft ganz erheblich, weil eine Vielzahl von Problemfällen unerwartet auf eine Schule zukommt. Hier muss in der Zukunft einfach die Verzahnung zwischen beiden Bereichen verbessert werden.

Beide Ergänzungen sind in den gemeinsamen Antrag aufgenommen worden. Das freut uns sehr.

Lassen Sie mich in aller Kürze noch drei Punkte zusätzlich anmerken. Erstens finde ich sehr bemerkenswert, dass dieser Antrag wieder davon spricht, dass der Übergang von Kindertageseinrichtungen im **Vor-**

(Dr. Ekkehard Klug)

schulbereich in den Bereich der **Grund- und Förderschulen** in einem solchen Handlungskonzept geprüft werden soll. Ich finde das sehr bemerkenswert. In der Vergangenheit haben wir immer darüber gestritten. Erstens haben wir darum gestritten, die Vorschulen zu erhalten. Zweitens haben wir uns im Rahmen der Schulgesetzdebatte massiv dafür eingesetzt, dass nicht, wie es ursprünglich im Referentenentwurf vor zwei Jahren vorgesehen war, Schulkindergärten in Schleswig-Holstein sukzessiv abgeschafft würden. Dagegen haben wir uns immer gewandt. Jetzt ist auch mit diesem Auftrag an die Landesregierung klar, dass es darum geht, zwischen dem Bereich der Kindertageseinrichtungen auf der einen Seite und dem Schulbereich auf der anderen Seite nach Möglichkeit eine Verzahnung zu schaffen. Das finde ich sehr richtig. Das ist ein gutes pädagogisches Konzept.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unendlich viele Probleme, mit denen Schulen heute konfrontiert sind, entwickeln sich bereits im Vorschulbereich. Um da kompensatorisch eingreifen, frühzeitig pädagogisch wirken zu können, kommt es entscheidend darauf an, die Verzahnung zwischen dem Vorschulbereich auf der einen Seite und den Grundschulen auf der anderen Seite deutlich zu verbessern.

Ich freue mich zweitens sehr darüber, dass die CDU das Thema Ganztagsbetreuung, **Ganztagschule** so nachhaltig unterstützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Frau Volquartz vor einigen Jahren einmal das Thema betreute Grundschule sehr kritisch gesehen hat und zum finanziellen Aspekt des Konzepts der Landesregierung hinsichtlich betreuter Grundschulen einen dieses Konzept heftig bekämpfenden Redebeitrag gehalten hat.

(Lachen bei der SPD)

Das ist mir in sehr guter Erinnerung. Da hat sich die Position der Union erfreulicherweise in einem sehr fortschrittlichen Sinne geändert.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kollege de Jager, ich kann mich auch noch daran erinnern, dass in der letzten Wahlperiode einmal ein CDU-Antrag zum Thema Hauptschule hier im Landtag vorgelegen hat, in dem das Thema Ganztagsbetreuung an Hauptschulen überhaupt nicht auftauchte. Das habe ich in meiner damaligen Rede auch entsprechend kritisiert. Dass Sie das Thema Ganztagsbetreuung für Hauptschüler aufnehmen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir entwickeln uns!)

ist auch für mich ein sehr erfreuliches Erlebnis.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt offenbar doch noch Fortschritt unter der Sonne.

Letzter Punkt! Wie wichtig die bessere Verzahnung zwischen Schule und Jugendhilfe ist, zeigt nicht zuletzt ein aktuelles Beispiel aus unserem Land. Ich spreche von Neumünster und der **Grund- und Hauptschule Gadeland**. Auf der anderen Straßenseite ist der „**Club 88**“. Mir ist bekannt, dass die Schule dort seit zwei Jahren ihren kommunalen Schulträger und den Jugendhilfeträger darauf hingewiesen hat, dass Schüler aus der Schule außerhalb des Unterrichts auf die andere Straßenseite gehen und dann sozusagen in das Magnetfeld dieser verheerenden rechtsextremistischen Einrichtung „Club 88“ geraten. Da hätte man schon lange ein unterrichtsbegleitendes pädagogisches Angebot für die Schüler dieser Schule haben müssen,

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

um sozusagen der Anziehungskraft des „Clubs 88“ etwas entgegenzusetzen. Das ist für mich ein nachhaltiges schlagendes Beispiel dafür, wie wichtig es ist, die Arbeit von Schule und Jugendhilfeeinrichtungen besser miteinander zu verzahnen.

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh darüber, dass wir hier über einen gemeinsamen Antrag reden. Immerhin handelt es sich um einen Gegenstand, der in den Koalitionsverhandlungen viele Stunden Zeit in Anspruch genommen hat. Umso mehr freue ich mich, dass die grüne Leitidee von Schule auf diese Weise in einen umfassenden Entwurf eines Antrages der SPD-Fraktion Eingang gefunden hat - ich kann jeden Satz, den Frau Herdejürgen hier gefunden hat, unterstreichen -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Angelika Birk)

und dass auch die Opposition zu Ergänzungen inspiriert wurde.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Wir folgen der grünen Leitidee!)

Wir haben ja darüber hinaus - das möchte ich in Erinnerung rufen - an den letzten beiden Tagen die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen im Haushalt 2001 geschaffen. Durch die Änderung des Jugendförderungsgesetzes - das heißt durch das Freischaufeln von Mitteln genau für diesen Auftrag - und den neuen Schwerpunkt im Kommunalen Investitionsfonds für die Sanierung von Schulgebäuden sind gute Grundlagen geschaffen worden, tatsächlich rasch einen Schritt weiterzukommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Erweiterung von **Schulen** zum **Stadtteil- und Dorfzentrum** sollte jetzt nichts mehr im Wege stehen.

Ich habe mich in der Vorbereitung auf diese Rede auf ein paar etwas banale Sätze konzentriert, weil ich nicht wusste, wie schnell wir hier zu einer Einigung kommen würden. Ich möchte diese Sätze trotzdem in den Raum stellen, weil sie nach meiner Meinung schlaglichtartig das Problem deutlich machen, zu dem wir eine positive Vision - beziehungsweise, weil wir die Vielfalt in unserem Lande schätzen, auch mehrere positive Visionen - entwickeln müssen.

Schule funktioniert weder als Lehranstalt noch als Lernfabrik. Sie sollte deshalb auch nicht so aussehen. Jugendzentren müssen mehr bieten als eine Bude zum Rumhängen. Man sollte dort nicht einsam sein, es sollte dort nicht nur einfach etwas passiv angeboten werden, sondern es sollte für alle Spaß machen, dort hinzugehen - für Mädchen und Jungen, für arme und reiche Jugendliche.

Kinder gehören nicht dem Werbefernsehen. Trotzdem wissen wir, dass das Fernsehen zunehmend die einzige pädagogische Daueranstalt für Kinder ist. Das Jugendamt darf nicht warten, bis mal jemand vorbeikommt, sondern es hat die Aufgabe, aktiv auf die Leute zuzugehen. Türkische Kinder sind nicht dümmer als deutsche. Warum finden wir sie aber überproportional häufig an Hauptschulen und insbesondere an Förderschulen? Und: Mütter sind nicht an allem schuld!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manche pädagogische Auseinandersetzung vor Ort hat aber leider diesen bitteren Beigeschmack. Es gibt allerdings längst die Initiativen von Eltern, die sagen: Wir möchten für unsere pädagogischen Fragen an unserer Schule einen Ort des Austauschs haben. Erziehungsberatungsstellen irgendwo weitab sind nicht das, was wir brauchen; wir brauchen **Elternschulen**

im Zusammenhang mit der pädagogischen Auseinandersetzung mit den Schulproblemen.

Es gibt längst die Initiative in Form von **Lerninseln**, in denen sich Erzieher, Sozialpädagogen, Lehrerinnen und Lehrer zusammengetan haben, um jenen Kindern und Jugendlichen, die eigentlich gar nicht mehr zur Schule kommen wollen, wieder einen neuen Ansatz zu geben.

Wir haben die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Konfliktmanagement, an der Gestaltung ihrer Schule; wir haben inzwischen Polizisten und Lehrerinnen und Lehrer, die gemeinsam Unterricht gestalten, und Künstlerinnen und Künstler, die Projektwochen an Schulen veranstalten, von denen die Kinder noch drei Jahre später sprechen.

Alles dies - von der betreuten Grundschule bis zur Kooperation mit den Handwerkskammern - gehört eigentlich, wenn wir das Schulgesetz, unser KJHG und das Jugendförderungsgesetz des Landes lesen, zur Schule dazu, aber auch zur Jugendarbeit - sei es die der freien Träger, sei es die der öffentlichen Jugendhilfe. Trotzdem ist das Selbstverständnis vieler Menschen immer noch: Dies ist die Ausnahme; dies ist das, was mit viel Einzelengagement und Ehrenamt zustande kommen darf, was aber, wenn es mit den Mitteln knapp wird, am ehesten wieder auf der Kippe steht.

Wir sollten uns hinsichtlich des Geldes keine Illusionen machen. Wir haben einfach nicht mehr **Geld**. Wir haben Landesmittel für den Unterricht, wir haben Landesmittel zur Bezuschussung der Jugendhilfe vor Ort und wir haben Jugendhilfemittel vor Ort. Alle diese Titel sind in den letzten Jahren dank sehr heftiger Umverteilungsmaßnahmen sowohl des Landes als auch der Kommunen drastisch gestiegen. Das ist gut so, denn obwohl es immer weniger Kinder und Jugendliche gibt, sind es eben nicht einfach mehr die Familien und sind es erst recht nicht die Mütter allein, die in unserer modernen Zeit die gesamte Erziehungsleistung erbringen können. Wir brauchen gute öffentliche Orte und nicht nur Hilfs- und Auffangkonstruktionen für die Erziehung, für die Begegnung zwischen Kindern und Jugendlichen und Kindern und Erwachsenen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau deswegen müssen wir sehr sorgsam darauf achten, dass das Schwarzer-Peter-Spiel aufhört: Wer zahlt jetzt: Kommune oder Land, die Jugendhilfe, also die kommunale Abteilung Jugendamt, oder der Schulträger - sprich: die entsprechenden Organisationen der Schulräte -? - Wer zahlt: Jugendministerium oder Bildungsministerium oder vielleicht die Gesundheitsministerin, weil es um ein Schulfrühstück zur Ergänzung der Ernährung der Kinder geht, die heute ja oft

(Angelika Birk)

hungrig in die Schule kommen? Wer zahlt: Der Innenminister oder vielleicht weil es sich um ein Kunstprojekt handelt, die Kunstabteilung des Bildungsministeriums?

Die Antworten auf diese Frage sollten wir nicht dem Zufall überlassen, sondern wir sollten unsere Fantasie bündeln. Dieser Auftrag geht jedenfalls einstimmig von diesem Hause - vom Parlament - an die Regierung, die vielen guten Ideen, die es in allen Ministerien wie auch in vielen kommunalen Ämtern, in vielen freien Verbänden gibt, zu bündeln und einen Handlungsleitfaden zu entwickeln, der die Vielfalt nicht einschränkt, sondern die Finanzierung und das Regelwerk auf gute, klare und transparente Füße stellt.

Wir stellen uns ganz pragmatisch vor, dass diejenigen, die konkrete Kooperationsverträge zwischen Jugendamt und Schule haben, auch von den Lösungen, die wir in einer Vision vor uns sehen, finanziell profitieren sollen. Wie das genau abgewickelt wird - das muss jetzt die Stimme der Regierung sein, die mit den Kommunen, aber auch mit Arbeitsämtern und Kammern sowie allen zu Beteiligten ein gutes **Konzept** auszuhandeln hat, das dann auch einen breiten Konsens findet.

Gerade für diesen nicht einfachen Verhandlungsprozess mit der kommunalen Ebene - ich erinnere an gewisse Auseinandersetzungen um 100 Millionen DM in den letzten Monaten - ist es wichtig, dass der Landtag mit einer Stimme spricht und der Regierung einen umfassenden, aber zugleich auch pragmatischen Handlungsauftrag gibt.

Sie haben Recht, Herr de Jager, auch wir Grünen haben immer darauf hingewiesen: Guckt doch einmal nach Dänemark. Dort ist die Finanzierung von Schule ganz anders verankert und dort gelten ganz andere Regeln, gilt nämlich die Verantwortung der Kommunen.

Wir machen uns aber keine Illusionen. Wenn wir jetzt nur sagen, wir müssten die Grundlagen neu erforschen, dann haben wir dadurch erstens nicht mehr Geld und zweitens könnte es sehr viel länger als bis zum September dauern, bis uns eine Antwort vorliegt. Insofern begrüße ich auch Ihren Mut zum Pragmatismus, zu ersten Schritten. Gleichwohl gebe ich Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass wir diese Frage im Blick behalten sollten, wenn wir programmatisch weiterkommen wollen. Wir sollten also keine Lösungen umsetzen, die zukünftiger Weisheit entgegenstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern bin ich an dieser Stelle sehr dankbar dafür, dass wir uns hier einigen konnten. Ich wünsche der Regierung eine glückliche Hand bei der Umsetzung

und erwarte, dass wir im Mai einen ersten mündlichen Zwischenbericht im Fachausschuss erhalten. Wichtig ist aber auch, dass wir dann im September das Konzept, das uns vorgelegt werden wird, genauso einmütig begleiten, damit es in den nächsten Schuljahren rasch zu spürbaren Änderungen kommt.

Sie alle sind ja auch in Ihren Kommunen vor Ort tätig und kennen den einen oder anderen. Ihrer Hilfe ist es mit zu verdanken, wenn beispielsweise bei der Schulbausanierung nicht nur an das Energiesparen gedacht wird - das ist uns ebenfalls sehr wichtig -, sondern auch daran, wie die Schule für die hier skizzierten Aufgaben zukünftig besser funktionieren kann. Sie alle sind vor Ort sicherlich auch hilfreich, wenn Sie mit Bürgermeistern und Landräten darum streiten, dass diese Ausgabe nicht Luxus ist, sondern zur Daseinsvorsorge gehört und dass alle von der ganzheitlicheren Betrachtungsweise nur profitieren können: die Kinder und Jugendlichen, die sich nicht zwischen Institutionen hin- und hergerissen fühlen, die nicht miteinander reden, die Kämmerer, die wissen, dass das Geld vor Ort gut und effizient - da ganzheitlich - eingesetzt wird, und schließlich die Eltern, die mit gutem Gewissen ihre Kinder den öffentlichen Institutionen im guten Sinne des Wortes überlassen dürfen, wenn sie selber berufstätig sind oder auch in der einen oder anderen Erziehungsfrage nicht mehr weiter wissen.

Ich freue mich auf die Debatte im September.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt für den SSW Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

(Abgeordnete Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] stellt eine Christsternpflanze auf den Stenografentisch)

- Das war jetzt der parlamentseigene Blumendienst; vielen Dank!

(Heiterkeit)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen und Monaten haben wir im Zusammenhang mit einer Reihe von sozialen Problemen festgestellt, dass nur durch eine **Verzahnung von Schule und Jugendhilfe** die effektive Bearbeitung bestimmter Probleme möglich ist, seien es nun der Rechtsextremismus, das verhältnismäßig geringere Problem des Schuleschwänzens oder Probleme der Migrantenkinder. Nur wenn Pädagogen und Sozial-

(Anke Spoorendonk)

pädagogen gemeinsam vorgehen, lassen sich bestimmte Probleme der Kinder und Jugendlichen Erfolg versprechend angehen.

Bisher war die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe vor allem indiziert, wenn es um die Lösung konkreter Probleme bei konkreten Jugendlichen ging. Die Kooperation von Schule und Jugendhilfe ist mit anderen Worten lange einzelfallbezogen gewesen. Noch 1996 hat die damalige Bildungsministerin Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe herausgegeben, die ausschließlich auf ein gemeinsames Vorgehen im Umgang mit konkreten Personen Bezug nimmt. Um vorbeugende Kooperationsprojekte, die nicht von vornherein auf bestimmte Individuen abzielen, ging es damals noch nicht.

Nun ist es aber weder sinnvoll noch besonders erfolgversprechend, wenn die Lehrer und Sozialpädagogen erst eingreifen, wenn massive Probleme bei den Kindern und Jugendlichen bereits vorhanden sind. Daher ist in den letzten Jahren die Einsicht gewachsen, dass man gemeinsam sehr früh tätig werden muss.

Wie der Antrag ganz richtig feststellt, lässt sich durch eine solche Zusammenarbeit viel besser und ganzheitlicher präventiv arbeiten. Dabei sollen Schule und Jugendhilfe einander nicht ersetzen, aber mit Vorteil ergänzen. Damit lassen sich Aufgaben bewältigen, die beide jede für sich nicht erledigen können.

In den letzten Jahren sind in Schleswig-Holstein eine ganze Reihe solcher Projekte eingerichtet worden, in denen die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe bereits gelebt wird. In **Flensburg** zum Beispiel hat man in sozialen Brennpunkten diese Zusammenarbeit suchen müssen, um die Probleme der Schülerinnen und Schüler anzugehen. Dabei hat sich gezeigt, dass man gleichzeitig anstreben kann, die Probleme von Gruppen zu bearbeiten beziehungsweise zu vermeiden, und gleichzeitig auch die einzelfallbezogene Hilfe verbessern kann. Die Lehrerinnen und Lehrer erkennen früh die Probleme und können Betreuung und Hilfe auch außerhalb der Schulzeit veranlassen. Die Rückmeldung aus diesen Projekten ist positiv.

Wir können deshalb nur begrüßen, wenn jetzt vorgeschlagen wird, diese Projekte zu evaluieren, **Qualitätskriterien** zu entwickeln und die **Kooperation** von Schule und Jugendhilfe auf ein rechtlich, finanziell und organisatorisch solides Fundament zu stellen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Auch die Idee eines Handlungsleitfadens ist gut. So können die bisherigen Erfahrungen aufgegriffen werden und eine wertvolle Basis für neue und bestehende Projekte bilden. Es versteht sich von selbst, dass die Initiierung und Umsetzung solcher Projekte wesentlich

erleichtert wird, wenn man nicht selbst den Stein der Weisen finden muss. Wir freuen uns also darüber, dass es zu einem interfraktionellen Antrag gekommen ist. Dadurch wird deutlich gemacht, dass wir nur gemeinsam weiterkommen können.

(Beifall bei SSW und SPD sowie der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich auch darüber, dass der Punkt der **Ressourcenverteilung** im Redebeitrag der Kollegin Herdejürgen präzisiert worden ist, weil ich die Bedenken des Kollegen Klug teile. Denn mit der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe wird ein neuer Aspekt aufgegriffen, der die bisherige Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen ergänzt. Es kann nicht darum gehen, die Mittel von einem in den anderen Bereich umzuverteilen. Die originären Aufgaben der Schule und der Jugendhilfe bleiben also erhalten; beide Bereiche bekommen nur zusätzliche Aufgaben. Umso mehr gilt es also, beiden Seiten in der einleitenden Phase zusätzlich Zeit zu geben, um die Kooperation vorzubereiten und umzusetzen. Ich denke, dass genau dieser Punkt jetzt auch in dem gemeinsamen Antrag verdeutlicht worden ist.

Sicherlich können wir alle hoffen, dass sich durch die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe auch neue Energien entfalten lassen, sodass der zusätzliche **Ressourcenaufwand** begrenzt werden kann. Es wäre aber blauäugig zu glauben, dass sich solche Synergieeffekte schnell erzielen lassen.

Dass die finanzielle Abgrenzung ganz leicht zu einem Stolperstein werden kann, davon zeugen auch die bisherigen Erfahrungen aus den Projekten. Es gibt Koordinierungsprobleme, aber das ist nur natürlich, wenn zwei gewachsene, selbstständige Bereiche plötzlich zusammenarbeiten müssen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass der gemeinsame Antrag sagt, worum es geht, und nicht schon von vornherein zu der Feststellung verleitet, dass einfach Stunden von dem einen Bereich in den anderen Bereich transportiert werden sollen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Jutta Schumann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt, die Strukturen mussten von vornherein so eingerichtet werden, dass Interessenkonflikte nicht auftreten können.

Schlussfolgernd kann ich also sagen, dass es mit dieser Initiative hoffentlich zu einer besseren Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe kommen wird und dass dadurch auch bessere pädagogische Leistungen

(Anke Spoorendonk)

erbracht werden können, die durch die bisherige Trennung nicht zu erreichen waren.

Wir haben mit diesem Antrag einen Schritt in die richtige Richtung getan.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Regierung erteile ich jetzt der Frau Ministerin Lütkes das Wort.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche nur die Hälfte der Redezeit für die Landesregierung,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja schade!)

weil wir der Ansicht sind, dass gerade dieses Thema hier von beiden zuständigen Ministerinnen vertreten werden sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich freue mich, dass die Debatte mit dem Begriff „bildungspolitische Debatte“ überschrieben worden ist; denn damit wird sehr deutlich, dass hier, wo es um die Definition des Bildungsbegriffes geht, ein weiterer **Bildungsbegriff** zugrunde zu legen ist. Das wird auch in Ihrem gemeinsamen Antrag deutlich. Dieser von allen Fraktionen getragene Antrag ist ein gutes Signal. Sie machen damit deutlich, dass wir uns einig sind, dass die Kinder das Recht auf höchste Aufmerksamkeit haben. Und es wird klar, dass die gesellschaftliche Verpflichtung, den Kindern Wissen und Alltagslebensfähigkeit, aber auch Freude zu vermitteln, eine gemeinsame Verpflichtung ist. Es ist nicht etwa die Frage von Absichtserklärungen und einer quantitativen Aufgabenzuweisung oder Zeitzuweisung.

Ich möchte deutlich machen, dass das Thema **Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule** kein neues Thema ist, sondern wie Sie alle wissen, nicht nur in konkreten Projekten, sondern auch auf der Arbeitsebene von Fachleuten in den unterschiedlichsten Bereichen schon sehr lange diskutiert und vorbereitet wird. Gemeinsame Zielvorstellungen und Handlungskonzepte wurden entwickelt.

Insbesondere ist mir wichtig, dass es in den beiden **Fachministerkonferenzen** im Herbst dieses Jahres gelungen ist, eine gemeinsame Entschließung zum Thema der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und

Schule zu verfassen und gemeinsame Arbeitsgruppen zu diesem Thema auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei kommt es darauf an, für die unterschiedlichsten Themenfelder der beiden einschlägigen Gesetze, also des Schulgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes, **Musterzielvereinbarungen** zu erarbeiten. Das sehen Sie in Ihrem Antrag auch vor. Ich erlaube mir jedoch die Bemerkung, dass wir in etwas vorauseilendem Gehorsam schon angefangen haben, diese Aufgaben sehr schnell zu erfüllen. Allerdings wird es noch einer sehr intensiven Arbeit bedürfen, auch wenn beide Ministerien bereits Klausurtagungen zu diesem Thema veranstaltet haben und konkrete Arbeitsgruppen im Einzelnen bei der Arbeit sind.

Dennoch freue ich mich, dass Sie die **Fristen** in diesem Antrag realistisch vorgegeben haben. Denn es würde dem Thema wenig nützen, wenn wir die Fülle von **Aufgaben** in hektischer Art und Weise summarisch bearbeiteten. Es sollen ja wirklich gute Konzepte vorgelegt werden, die gemeinsam mit den Kommunen als Schulträger beziehungsweise mit den Kommunen in ihrer ganzen Breite abgesprochen und erarbeitet sind. Insofern bedanke ich mich im eigenen wie auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese realistischen Fristen, die der Landtag zu setzen beabsichtigt.

Es werden eine Fülle von **Projekten** in dem dann Ihnen vorzulegenden Bericht zu nennen sein, sei es zum Beispiel „Stadtteilarbeit und Schule“, seien es Mädchenspezifische Sexualangebote oder seien es Projekte, die im Rahmen der Aktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“ von Ihnen allen positiv begleitet worden sind, oder sei es der Bereich der Konfliktlotsenausbildung in den Schulen, ein Bereich, der sehr deutlich macht, wie konkret zusammengearbeitet werden kann und wie für Kinder positive Ergebnisse erzielt werden können.

Aber wir müssen bei der weiteren inhaltlichen Ausgestaltung davon ausgehen, dass für eine enge Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule ein Handlungskonzept erforderlich ist, das sich an der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen orientiert und nicht etwa - um es ganz deutlich zu sagen - Eigeninteressen von Institutionen in den Vordergrund stellen darf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dazu gibt es keine Alternative. Allerdings haben wir - auch das ist schon in der Debatte deutlich geworden - uns der realistischen **Analyse** zu stellen, dass wir es zunächst mit geschlossenen Systemen zu tun haben,

(Ministerin Anne Lütkes)

die in der Vergangenheit nicht nur nebeneinander, sondern auch gegeneinander gestanden haben. Wir sind jetzt in der nahezu historischen Situation, dass dieses Gegeneinander von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Systemen aufgebrochen wird und wenigstens zu einem Nebeneinander geworden ist und dass die Vernetzung von nahezu allen gewollt wird.

Wir haben uns aber auch der Erkenntnis zu stellen, dass die gesellschaftlichen Wertigkeiten dieser Systeme unterschiedlich sind. In der gesellschaftlichen Beurteilung ist die Jugendhilfe gemeinhin die Ausputzerin, während die gesellschaftliche Wichtigkeit der Schule, die auch ich selbstverständlich nicht bestreite, allgemein anerkannt ist. Eine Gleichrangigkeit der Systeme ist insofern noch nicht gegeben. Daher ist es ein positiver Schritt, wenn wir von einem gemeinsamen **Bildungsbegriff** ausgehen und diese einheitliche Definition auch gesellschaftlich vorantreiben. Dazu müssen die Aufgaben gemeinsam diskutiert und definiert werden.

Als Jugendministerin bedanke ich mich für diesen großen Auftrag, der unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch vor umfangreiche Aufgaben stellt. Ich bitte um Ihr Verständnis, dass diese Arbeit etwas länger dauern kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Jetzt hat das Wort die Frau Kultusministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Bildung und Erziehung** sind - das ist heute schon mehrfach betont worden - ein unteilbarer Vorgang. Dennoch sind zwei Ministerien zuständig und reden heute Morgen zwei Ministerinnen zu diesem Thema. Aber das macht, so glaube ich, nur deutlich, dass wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen und diese zum Teil auch schon hinter uns haben: Es gab eine Klausur, es gab die Bildung von Arbeitsgruppen und intensive Arbeiten beider Ministerien zu diesem Thema. Wir freuen uns, dass sich diese Gemeinsamkeit jetzt auch hier im Parlament widerspiegelt.

(Beifall bei SPD sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Herr de Jager, ich begrüße es - das meine ich jetzt gar nicht zynisch -, dass bei der CDU auch ein Stück ideologischer Ballast über Bord geworfen worden ist.

(Widerspruch bei der CDU)

- Doch, das ist deutlich erkennbar und das war auch in den Kommentaren zu Ihrem Bildungsparteitag zu lesen, auf dem Sie sich endlich in Richtung der Ganztagschulen geöffnet haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P.)

Gleichwohl weiß ich, dass es auch in der CDU schon immer progressive Kräfte gab. Es ist gut so, dass sich diese jetzt durchgesetzt haben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unser guter Einfluss, Frau Ministerin!)

Nur, wir sind uns, so glaube ich, einig: Das ist noch nicht so richtig bei allen Kommunalpolitikern angekommen. Den einen oder anderen muss man zum Beispiel auch in der Frage der betreuten Grundschule noch überzeugen. Die stehen nämlich auf dem Standpunkt: „In unserm Dorf, da brukt wi dat nich.“

Da glaubt man, das machten schon die Frauen zu Hause.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das gibt es aber auch bei SPD-Kommunalpolitikern!)

- Frau Kollegin, ich gestehe gern zu, dass diese Haltung - die, mit Verlaub, vornehmlich bei Männern zu finden ist - nicht nur bei Kommunalpolitikern Ihrer Couleur zu finden ist. Das räume ich gern ein.

Heute ist nicht der Platz - vor allem nicht am Ende einer solchen Debatte -, noch einmal die Grundsatzfragen von **Schule** und **Jugendhilfe** zu erläutern und zu definieren. Ich glaube aber, es ist wirklich nötig, das Verhältnis von Jugendhilfe zu Schule - und umgekehrt - neu zu definieren. Dieses Denken in Kategorien - hier die Jugendhilfe sozusagen als Reparaturbetrieb der Gesellschaft in Bezug auf junge Menschen und da die Schule als Ort der Wissensvermittlung - ist überholt. Es muss auch überwunden werden, und zwar überall dort, wo es noch Berührungängste gibt. Und diese Berührungängste - machen wir uns da nichts vor - gibt es auf allen Seiten.

Überholt ist ja auch der Streit um die Frage, wer im Bedarfsfall zahlt, wie die Zuständigkeiten in Bezug auf das einzelne Kind oder gar auf die ganze Institution aussehen. Das kann man niemandem erklären, schon gar nicht den Jugendlichen selbst. Diese Klip-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

pen, die es in diesem Bereich noch gibt, müssen wir wirklich gemeinsam überwinden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Man könnte natürlich schon jetzt einen Teil des Berichtes geben: Welche Erfahrungen haben wir mit den Einrichtungen, die sich schon auf diesen Weg begeben haben, gemacht? Welche Projekte gibt es in diesem Bereich? Was kann man aus den Angeboten lernen? - Denn es gibt durchaus vieles auf diesem Feld, und zwar seit zehn Jahren. Den Beispielen, die Frau Lütke genannt hat, könnte ich noch etliche hinzufügen, etwa das der Förderschule Eutin oder das Beispiel in Schafflund. Diese Projekte sind übrigens in der Regel ausgegangen von Förderschulen, auch von Hauptschulen.

Man hat dann festgestellt: Es gibt auch andere Schulen im Ort, die sich für dasselbe Projekt interessieren und die durchaus daran interessiert sind, ihre Schüler dort hineinzunehmen - in der richtigen Erkenntnis, dass Erziehungsprobleme nicht mehr die Probleme einer Schulart sind. Auch an Gymnasien, auch an Schulen anderer Schularten gibt es Erziehungsprobleme, gibt es schwierige Jugendliche, gibt es zerrüttete Familien, muss man sich um Kinder ganz anders kümmern, als das früher der Fall war. Alle Lehrer wissen das; man muss es nur auch einmal öffentlich sagen dürfen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Richtige **Freizeitangebote** sind auch nicht nur für **Haupt- und Förderschulen** sinnvoll. Sie sind für Jugendliche aus allen Schulformen sinnvoll, noch dazu dann, wenn sie schulartübergreifend zusammengeführt werden. Das ist etwa in Schafflund der Fall und das finde ich besonders sinnvoll.

Auch familiäre Probleme gibt es nicht nur in einer bestimmten sozialen Schicht. Machen wir uns da nichts vor: Von Drogenproblemen über sexuelle Gewalt an Kindern bis hin zu Misshandlungen - diese Fragen spielen in allen sozialen Schichten eine Rolle. Davor darf eine Gesellschaft nicht auf Dauer die Augen verschließen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Zum Schluss: Viele Gemeinden haben sich bereits auf diesen Weg gemacht, sind bereit, Grenzen zu überwinden und großzügig zu finanzieren. Ich glaube, das muss gesagt werden, damit die Kommunen nicht den Eindruck bekommen, sie stünden einzig als diejenigen da, die sich nicht zur Zusammenarbeit bereit finden. Das ist so nicht der Fall.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt viele positive Ansätze in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe, die von unten gewachsen sind. Aber es gibt auch noch viele Hürden und Stolpersteine. Die große Gemeinsamkeit, die heute gezeigt worden ist, ist - so glaube ich - ein guter Anstoß dafür, dass wir diese Hürden gemeinsam mit den Kommunen überwinden. Dafür wollen wir uns in beiden Ministerien in den nächsten Monaten anstrengen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bevor wir in die Abstimmungen eintreten, will ich noch bekannt geben, dass die Abgeordnete Herlich Marie Todsens-Reese erkrankt und der Abgeordnete Klaus Klinckhamer beurlaubt ist.

Es ist ja jetzt ein neuer Antrag mit der Drucksachenbezeichnung 15/567 (neu) eingegangen. Darf ich davon ausgehen, dass damit die Drucksachen 15/567, 15/606 und 15/608 in diesem neuen Antrag aufgehen, sodass wir formal sagen können: Die sind erledigt, wir stimmen jetzt nur über den neuen gemeinsamen Antrag des gesamten Hauses ab?

Wenn das so ist, dann rufe ich jetzt den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten der SSW zur Abstimmung auf. Wer also der Drucksache 15/567 (neu) seine Zustimmung erteilen will und somit einer Überweisung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Sozialausschuss zustimmt - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, Abstimmung in der Sache!)

- Ach so, Abstimmung in der Sache! Bisher ist nur Ausschussüberweisung beantragt. Ist es Übereinstimmung aller Antragsteller, dass dies jetzt nicht mehr aufrechterhalten wird und Abstimmung in der Sache gewünscht wird? - Wenn das so ist, dann stimmen wir jetzt in der Sache ab. Wer also dem Antrag Drucksache 15/567 (neu) seine Zustimmung in der Sache geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Familienpreis Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/551

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Caroline Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorwegzunehmen: Ein schleswig-holsteinischer **Familienpreis** kann und soll kein Ersatz für konkrete Familienpolitik sein. Er kann auch keine Versäumnisse der Landesregierung von jetzt auf gleich ausmerzen. Er beansprucht - nicht mehr, aber auch nicht weniger -, ein Signal zu geben, ein Signal für mehr Familie und für mehr Kinderfreundlichkeit in Schleswig-Holstein. Er soll auch ein Signal der Anerkennung für die Arbeit zahlreicher Menschen sein, die nicht in erster Linie fragen: „Was bekomme ich dafür?“, sondern die fragen: „Was kann ich tun, um das Leben für Familien mit Kindern zu erleichtern?“

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Das öffentliche Bewusstsein soll mit diesem Preis gestärkt und geschärft werden, wie wichtig es ist, sich für die Belange von Familien und Kindern stark zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt erfreulicherweise eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten in Schleswig-Holstein, die mit viel Fantasie, mit großer Freude und mit ganz viel Herz für **Familien und Kinder** beispielhafte Arbeit leisten. Wir müssen diese Arbeit dadurch unterstützen, dass wir sie in einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen und dass wir deutlich machen, wie wichtig sie für uns ist.

Es geht uns nicht - um das gleich vorwegzunehmen - um die Beschwörung einer romantischen Familiendylle. Wir wissen, dass die Familie vielfältigen Problemen gegenübersteht. Hinzu kommt, Familie ist heute nicht nur das verheiratete Ehepaar mit Kind oder Kindern. Familie ist auch der oder die Alleinerziehende, sind auch die unverheirateten Lebensgemeinschaften mit ihren Kindern. Familien gibt es heute in vielfältigen Formen.

Dennoch hat sie sich auch im Wandel als eine stabile Lebensform erwiesen. Der Wunsch, in einer Familie zu leben, hat unvermindert Kultur - Entschuldigung, Konjunktur, auch Kultur. Für 80 % der jungen Menschen sind **Ehe und Familie** nach wie vor Wunsch- und Lebensziel. Über 80 % sehen in Ehe und Familie einen Faktor, der Sicherheit und Geborgenheit gibt.

Wir wissen aber auch und machen uns da nichts vor: Statt lebenslanger Gemeinschaft scheidet heute jede dritte Ehe. Über 3 Millionen **Kinder** wachsen in so genannten unvollständigen Familien auf. Während früher drei Generationen und mehr eine Selbstverständlichkeit waren, lebt heute in unseren Großstädten schon mehr als die Hälfte aller Menschen allein.

Ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen lebt von der Sozialhilfe. Wir haben eine Arbeitswelt, die noch immer nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Familien ausgerichtet ist. Hinzu kommt das Finanzielle. Ich möchte ein Zitat von Roman Herzog anführen: „Es geht nicht an, dass man arm wird, wenn man kinderreich ist.“

All das sind Hinweise darauf, unter welchem Druck Familien heute nach wie vor stehen. Umso mehr muss es unsere politische Verpflichtung sein, ihnen zu helfen und sie zu stärken. Das geht alle Bereiche an: Wir brauchen mehr familiären Geist in der Wohnungs- und Städtebauplanung, in der Gestaltung von Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, bei der Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und natürlich auch in der Verkehrs- und insbesondere Steuerpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Familienpolitik muss als **Querschnittsaufgabe** verstanden werden, als selbstverständlicher Bestandteil politischer Entscheidungen sozusagen im Sinne einer „Familienverträglichkeitsprüfung“. Hier und in vielen anderen Bereichen liegt bei der Landesregierung noch einiges im Argen. Familienpolitik steht nicht besonders weit oben auf der Agenda der Landesregierung. In der Regierungserklärung von Frau Simonis nach der letzten Landtagswahl - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen doch, dass das nicht stimmt!)

- Frau Fröhlich, suchen Sie einmal nach dem Wort Familie.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie werden es nicht finden. Erinnern Sie sich bitte an den von uns beantragten Familienbericht. Es brauchte zweidreiviertel Jahre - von März 1997 bis zum Dezember 1999 -, bis er uns vorlag. Und zwei Kleine Anfragen der Kollegin Gudrun Hunecke, wo er denn bleibe, waren auch noch notwendig. Angefertigt wurde er dann auch nicht vom zuständigen Ministerium, sondern vom Institut für Frauenforschung der Fachhochschule Kiel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Oh, oh!)

(Caroline Schwarz)

Das sind nur zwei Augenfälligkeiten, die den Stellenwert von Familie bei dieser Landesregierung deutlich machen. Das Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition vorgestern - das ist ja nun noch ganz frisch - bei unseren Anträgen zur Betreuten Grundschule - Frau Erdsiek-Rave hat die Wichtigkeit noch einmal herausgestellt - und bei den Familienbildungsstätten spricht - das müssen Sie wenigstens zugeben - eine ganz eigene Sprache.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Da können Sie mit dem Kopf schütteln, Frau Fröhlich, so viel Sie wollen.

(Beifall bei der CDU)

Familienpolitik ist aber nicht nur - das sage ich auch - eine Sache des Staates. Von größter Bedeutung ist es, dass es ein familien- und kinderfreundliches Klima in unserem Land gibt. Das lässt sich nicht von oben herab verordnen. Wir sollten froh darüber sein, dass es in unserem Land eine so große Anzahl von Initiativen gibt, die sich zum Ziel gesetzt haben, Familien und Kindern das Leben zu erleichtern. Sie helfen in vielen Konfliktsituationen, zum Beispiel bei sexuellem Missbrauch. Sie leisten wichtige Arbeit beim Thema Gewalt in den Familien. Sie kümmern sich um Eltern mit behinderten Kindern. Sie organisieren Kultur- und Freizeitaktivitäten für deutsche und ausländische Kinder und vieles mehr. Aber sie wünschen sich auch, dass ihre oftmals sehr frustrierende Arbeit mehr Anerkennung und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit finden. Diese notwendige Anerkennung möchten wir den Initiativen und Persönlichkeiten gern zukommen lassen, die ehrenamtlich eine Fülle von Aufgaben in sozialer Verantwortung für unsere Gesellschaft im Bereich der Familie leisten.

(Beifall bei der CDU)

Ein Familienpreis wäre ein gutes symbolisches Zeichen der Anerkennung für dieses unverzichtbare Engagement in unserer Gesellschaft.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss.

Caroline Schwarz [CDU]:

Er wäre außerdem ein passender Beitrag zum vor uns liegenden Jahr der Freiwilligen. Vielleicht oder hoffentlich ist er auch ein erster Schritt - sozusagen der Einstieg - in eine breit angelegte familienpolitische Offensive für Schleswig-Holstein, die wir dringend in unserem Land benötigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Überweisung an den Sozialausschuss. Dort können wir uns auch noch über die Gestaltung des Antrages und einzelne Details unterhalten. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Überweisung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schlosser-Keichel.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Frau Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. **Familie** ist in. Keine soziale Institution hat in den letzten 20 Jahren einen so großen Zuwachs an Zustimmung erfahren wie die Familie. Frau Schwarz hat bereits darauf verwiesen, für 80 % bis 90 % der jungen Menschen ist Familie nach einer Umfrage des „Stern“ übrigens „wichtig bis sehr wichtig“. Allen Unkenrufen zum Trotz sieht deshalb die Jugend - Jungen ebenso wie Mädchen - in der Familie ihre Zukunft. Sie verbinden damit - wie auch frühere Generationen wie wir - die Erwartung auf Liebe, Zuverlässigkeit, Vertrauen und natürlich auch auf Kinder.

Trotzdem hat das **Familienbild** unserer Kinder und Enkelkinder nichts, aber auch gar nichts mehr mit dem Klischee der klassischen Familie der letzten 50 Jahre und der Arbeitsteilung zu tun.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Schritt vor den Altar ist heute keineswegs mehr Voraussetzung für die Gründung einer Familie. Immer mehr Kinder werden nicht ehelich geboren. Und die wohl gewichtigste Veränderung in meinen Augen ist, dass die Jungen heute ganz selbstverständlich von der Möglichkeit für beide ausgehen - Mann und Frau -, Elternschaft und Beruf, ja beruflichen Erfolg, Karriere zu verbinden, ohne die Bedürfnisse der Kinder dem Erwerbsleben zu opfern. Das ist ein hoher Anspruch an sich selbst, aber auch und gerade an uns Politikerinnen und Politiker, die wir die Voraussetzungen dafür schaffen sollen, dass das zu realisieren ist. Was von uns erwartet wird, ist, dass wir Voraussetzungen und Bedingungen dafür schaffen, die den Wunsch der jungen Menschen, Familien zu gründen und in Familien zu leben, nicht erschweren, sondern erleichtern.

(Beifall bei SPD und SSW sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was die jungen Familien nicht brauchen, ist ein symbolischer **Preis** als Anerkennung für die frühzeitige

(Anna Schlosser-Keichel)

Vermittlung eines ethischen Leitbildes an die künftigen Generationen.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die älteren unter Ihnen wissen: Im Januar dieses Jahres hat der Landtag der 14. Wahlperiode den **Familienbericht der Landesregierung** diskutiert. Frau Schwarz hat darauf verwiesen und festgestellt, dass es eine große Zahl und eine bemerkenswerte Vielfalt von Maßnahmen gibt, die Familien fördern. Es gibt auch eine Vielfalt von Organisationen und Institutionen, die sich für Kinder und Familie einsetzen und denen in der Tat zu danken ist. Das will ich an dieser Stelle auch gern tun. Oft würde ich mir wünschen, dass Regierungen oder Institutionen wie der Gemeindetag, wenn sie Verdienstorden oder Verdienstzeichen zu verteilen haben, das Kriterium Familienförderung öfter und ganz selbstverständlich in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme noch einmal kurz auf den angesprochenen Familienbericht zurück. Ich denke, er zeigt, dass wir ein gutes Stück von der strukturellen Rücksichtslosigkeit weggekommen sind, von dem im fünften Familienbericht der Bundesregierung noch die Rede ist. Wir sind aber - das will ich gern eingestehen - lange noch nicht am Ende des Weges. Ich will auch gern eingestehen, dass mir die eine oder andere Kürzung in unserem **Haushalt 2001** wehgetan hat. Ich denke aber, in der Summe kann man sagen, dass sich der Haushalt - was Familien- und Kinderpolitik angeht - sehen lassen kann, wenn man die problematischen Hintergründe berücksichtigt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir anerkennen heute, dass Familie - darauf ist schon in der Rede von Ute Erdsiek-Rave verwiesen worden - ebenso vielfältig ist wie die Menschen, die sich zusammmentun. Wir berücksichtigen in unseren Maßnahmen, dass wir auf unterschiedlichste Bedürfnisse eingehen müssen. Wir beteiligen in zunehmendem Umfang Kinder und Eltern an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen. Denn sie sind die Experten in Sachen Familienpolitik. Übrigens sind sie auch Experten in Sachen Verkehrspolitik und in Sachen Wohnungsbaupolitik. Deshalb sind sie zu beteiligen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir geben denen Hilfestellung, die bei der Bewältigung ihrer Probleme allein nicht zurechtkommen.

Wer Familienpolitik macht, darf nicht nur die rosarote Brille aufsetzen. Ich denke, der eine oder andere erinnert sich an den Vortrag zum Thema Rechtsextremismus von Professor Heitmeyer von vor wenigen Tagen in diesem Haus, der deutlich gemacht hat, dass die erste und beeindruckendste Begegnung mit **Gewalt** oft - allzu oft - in der **Familie** stattfindet. Auch das müssen wir, denke ich, sehen und auch insofern Unterstützung geben.

Es ist bei der Diskussion des Familienberichtes - das habe ich nachgelesen; ich war ja nicht dabei - auch festgestellt worden, dass Gutes immer noch verbessert werden kann. Diesem Anspruch stellen wir uns - nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in anderen Politikbereichen, die ich in der Kürze der Zeit nur noch stichwortartig nennen kann: Es gibt nun auch Betreuungsmöglichkeiten in Krippe und Hort sowie bei der Schul- und Jugendarbeit.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Wie wir gesehen haben, brauchen Familien reelle Karrierechancen; das betrifft auch männliche und weibliche Teilzeitkräfte. Kinderfreundliche Wohnungs- und Wohnumfeldverhältnisse verlangen weitere finanzielle Entlastungen. Wie wir alle wissen, ist Berlin an diesem Thema bereits dran. Sonntagsreden brauchen Familien allerdings nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Einen **Familienpreis**, der noch nicht einmal nennenswert dotiert ist - den entsprechenden Haushaltansatz habe ich jedenfalls nicht gefunden -, brauchen sie nicht. Das ist zu viel der reinen Symbolik. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Garg das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass Sie auf der Tribüne das Recht haben zuzuhören, aber nicht mitzureden. Ich bitte um etwas mehr Ruhe auf der Tribüne.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Schwarz, Sie haben gesagt, dass Sie mit Ihrem Antrag keine Romantik malen wollen. Ich will diese Romantik jetzt aber doch ganz gern herausarbeiten - nicht aus dem, was Sie eben vorgetragen haben, sondern aus dem, was man

(Dr. Heiner Garg)

aus Ihrem Antrag, ohne viel interpretieren zu müssen, herauslesen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den 80er-Jahren wurde gleich in dutzender Weise in Fernsehfamilien geheiratet. Wir alle konnten Anteil am Schicksal der „Wicherts von nebenan“ oder am Aufstieg und Fall der „Guldenburgs“ nehmen. Mutter Beimer kochte jeden Sonntag für ihren Hansemann und Klausl machte damals fast noch in die Windeln. Hansemann hat sich längst von seiner Taube getrennt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, Sie haben wahrscheinlich nicht immer Zeit gehabt, das zu verfolgen. Ich hatte die Zeit auch nicht; aber es gibt ja Videorecorder.

(Heiterkeit)

Klausl lebt in wilder Ehe im Osten, und die Thekla Carola Wied aus „Ich heirate eine Familie“ hetzt zurzeit als allein stehende rasende Reporterin durchs wiedervereinigte Berlin.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

- Kollege Klug, ich weiß nicht ob es dafür einen Preis gibt, aber sie ist eben mittlerweile allein stehend.

Liebe Frau Schwarz, selbst Marianne Rosenberg musste feststellen, dass „Er“ eben doch nicht zu ihr gehört.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und als ob das nicht alles schon schlimm genug wäre, verlässt jetzt auch noch unser aller Boris seine Barbara.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was waren das noch für Zeiten, als der legendäre Hans Rosenthal seine Mady Riehl „Und was macht das in Schilling?“ fragte oder als Hans-Joachim Kuhlenkampf mit Bestimmtheit „Einer wird gewinnen“ voraussagen konnte. „Wetten dass“, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Union schon sehr genaue Vorstellungen davon hat, wer ihren Familienpreis gewinnen soll?

Liebe Frau Kollegin Schwarz, das sind die Punkte, die mich an Ihrem Antrag tatsächlich stören. Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, dass Ihr Antrag gut gemeint ist. Dankenswerterweise haben Sie selber schon darauf hingewiesen, dass er als Alternative zur **Familienpolitik** - von wem auch immer - weder gedacht ist noch dazu taugt. Das wäre wohl auch etwas zu einfach.

Mich stört zweierlei. Erstens: Auch mit viel Wohlwollen kann jedenfalls ich nicht übersehen, dass mit diesem Antrag ein ganz bestimmtes **Familienbild** gezeichnet werden soll, das nur noch einen Teil der **Wirklichkeit** wiedergibt.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

Die Vielfalt von Verantwortungsgemeinschaften, in denen heute Kinder aufwachsen, wird dadurch - so empfinde ich es jedenfalls - in den Hintergrund gedrängt - eben doch zugunsten der klassischen Vater-Mutter-Kinder-Familie. Mir ist aber jede verantwortungsvolle, vor allem aber liebevolle Gemeinschaft, in der Kinder zu selbstbewussten Menschen aufwachsen, gleichviel wert.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gilt unabhängig davon, ob es um eheliche oder nicht eheliche Gemeinschaften oder um alleinerziehende Eltern geht.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das wird mit dem Antrag gar nicht ausgeschlossen!)

Zweitens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, stört mich ganz gewaltig die **Konditionierung** Ihrer Auszeichnung. Dabei ist mir klar, dass es sich hierbei um die logische Konsequenz Ihrer Absicht handeln muss, die Sie mit diesem Antrag verfolgen. Lesen Sie einmal die letzten drei oder vier Punkte Ihres Antrages! Mir kommt es dabei so vor, als ob das Nobelpreiskomitee an die Verleihung des Friedensnobelpreises an Yitzak Rabin und Yassir Arafat die Bedingung geknüpft hätte, die beiden bekämen den Preis nur, wenn sie weiterhin Friedenspolitik machen. Ein Preis, Frau Kollegin Schwarz, wird doch als Anerkennung für bislang geleistete Arbeit, für besonderes gesellschaftliches Engagement oder zum Beispiel für herausragende wissenschaftliche Arbeiten verliehen - und nicht als in Aussicht gestellte Belohnung für ein bestimmtes, zukünftig erwartetes Verhalten oder Handeln.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schauen Sie sich die letzten drei oder vier Punkte Ihres Antrages ruhig noch einmal an! Sie haben ja die Überweisung an die Ausschüsse beantragt. In den Ausschüssen können wir darüber ruhig noch einmal sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mich auf die Reise in die angeblich besseren Zeiten begeben will, dann schaue ich mir Aufzeichnungen der „Unverbesserlichen“ mit der einzig wahren Mutter der Nation, Inge Meysel, an. Familienpolitische Ansätze

(Dr. Heiner Garg)

für das 21. Jahrhundert suche ich dort zwar vergeblich, allerdings habe ich sie auch nicht im Unionsantrag gefunden.

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schwarz, gerade nach der Debatte, die wir kurz zuvor gehabt haben, empfinde ich Ihre Worte als einen Rückschritt und das macht mich ganz traurig.

(Lachen bei der CDU)

Wenn Sie sagen, dass Sie - gerade in Bezug auf die betreute Grundschule - über unsere Haushaltsbeschlüsse unglücklich sind, dann haben Sie nicht verstanden, dass wir ein anderes Konzept haben.

(Caroline Schwarz [CDU]: Dass die Kommunen alles bezahlen sollen!)

Über dieses **Konzept** haben wir gerade eben in großer Gemeinsamkeit diskutiert. Wir haben es den beiden zuständigen Ministerien mit auf den Weg gegeben, damit wirklich etwas für die **Familien** passiert. Ich glaube tatsächlich, dass Familien in unserem Land mehr brauchen als einen Preis. Sie brauchen eine vernünftige Steuergesetzgebung, alles das, was Sie auch gesagt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Da treffen wir uns wieder.

Ich teile auch nicht die Auffassung von Herrn Garg, dass Sie hier lediglich einen veralteten **Familienbegriff** dargestellt haben - das teile ich nicht -, sondern ich sehe wohl, dass Sie differenzieren und die Wirklichkeit auch so wahrnehmen, wie sie ist.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Trotzdem glaube ich, dass ich diesen Antrag nur ablehnen kann. Es tut mir Leid. Den Familien in unserem Land, insbesondere den Kindern, die im „geschützten“ Raum Familie aufwachsen sollen, können wir nur - so meinen wir - durch eine direkte Unterstützung helfen. Wir helfen ihnen nicht durch die Vergabe von symbolischen Preisen - wem auch immer sie letztlich verliehen werden.

Die CDU - Frau Schwarz, Sie sagen es selbst - sagt in ihrer Antragsformulierung ganz deutlich: Es geht hier um einen symbolischen Preis, der Einzelpersonen oder Modellen verliehen werden soll. Es bleibt aber offen, was denn die Kriterien sein sollen, welches Gremium den Preis verleihen soll und vor allem mit welchem finanziellen „Preisgeld“ er verbunden sein wird.

„Familie ist dort, wo Kinder leben“, das ist die zentrale Aussage unseres Familienberichtes.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Im Gegensatz zur CDU ist uns Grünen und auch der rot-grünen Koalition in Berlin und in Kiel dieser Unterschied zum Familienbild der Traditionalisten sehr bewusst.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Familie heute ist eben nicht mehr - da sind wir gar nicht so uneins - die „Standardfamilie“, Ehepaar mit zwei Kindern, sondern sie hat inzwischen vielfältige und bereichernde Formen angenommen. Das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner alles gesagt. Ich will das nicht ergänzen.

(Tonzeichen eines Handys in den Reihen der CDU)

Familie in neuen Formen ist in der Praxis alternativlos. Nur dann, wenn Menschen in Zukunft gleichberechtigt, selbstbestimmt und freiwillig zusammenleben können, wird es gelingen, das Zusammenleben der Generationen und der Geschlechter als Familie auch im nächsten Jahrhundert zu erhalten.

Familienpolitik ist für uns wie auch für Sie - ich habe es gehört - **Querschnittsaufgabe**, die in nahezu alle Politikbereiche hineinwirkt. In allen Bereichen schöpfen wir in Schleswig-Holstein die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten aus, um Familien zu unterstützen und materiell zu entlasten. Wir tun dies durch Maßnahmen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung, die Erleichterung des Wiedereinstiegs von Frauen in das Berufsleben, durch Kampagnen zur Stärkung der Verantwortung von Männern für die Familienarbeit, durch mehr Rechte für Frauen in der Arbeitswelt, die Versorgung mit angemessenen und preiswerten Wohnungen, insbesondere für einkommenschwache Familien, durch das Angebot an Kinderschutzzentren, Frauenhäusern und Notrufen bei besonders problematischen Familiensituationen - auch das wollen wir nicht verschweigen -, insbesondere bei Gewalttaten gegen Frauen und Kinder.

Schleswig-Holstein hat auch im Bereich der Interessenvertreter von Kindern und Jugendlichen eine Vor-

(Irene Fröhlich)

reiterrolle übernommen. Beispiel dafür ist die Demokratiekampagne mit inzwischen zirka 150 Projekten.

Zu den weiteren Aufgaben, die am dringendsten abgesichert und ausgebaut werden müssen, gehören die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Erwachsenen mit Kindern, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, feste Betreuungszeiten an den Schulen und ein Netzwerk von Hilfseinrichtungen für Familien in Not. Dieser Aufgabe wird sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin als Schwerpunkt ihrer Politik widmen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen mit Blick auf den Arbeitsschwerpunkt „Kooperation von Schule und Jugendhilfe“ haben wir uns alle miteinander auf den Weg gemacht. Auf diesem werden wir bleiben und deshalb den symbolischen Antrag der CDU ablehnen.

Wir werden vielmehr zu Beginn des nächsten Jahres eine **Anhörung zum Familienbericht** im Sozialausschuss zum Anlass nehmen, um uns vertieft und zielorientiert mit weiteren konkreten Maßnahmen zur Förderung von Familien in Schleswig-Holstein zu beschäftigen. Diese Anhörung war im Sozialausschuss in Aussicht gestellt; ich möchte sie hiermit anmahnen. Denn ich denke, Sie haben Recht, wir müssen uns mit der Situation von Familien ausführlich beschäftigen und das wollen wir auch tun. Aber wir wollen das dann auch anhand konkreter Vorhaben tun.

Familienpolitik - ich sagte es bereits - ist Querschnittspolitik. Wir haben in Berlin einiges zur **finanziellen Entlastung von Familien** erreicht. Bei einem Jahresbruttolohn von 60.000 DM erhält ein verheirateter Arbeitnehmer, eine verheiratete Arbeitnehmerin mit zwei Kindern im Jahre 2005 eine steuerliche Entlastung. Diese Familie hat bis 1998 noch Steuern gezahlt. Das muss man sich klar machen, wenn man darüber nachdenkt, wie wir Familien unterstützen können.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir wollen auch diesen Weg weiter gehen. Wir hoffen, dass wir das eines Tages auch mit der Gemeinsamkeit des ganzen Hauses schaffen werden. Mit einem solchen Familienpreis werden wir es nicht hinkriegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte darauf hinweisen, dass das Handy-Verbot in diesem Haus nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Vertreter der Presse gilt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit)

- Ich konnte nicht genau lokalisieren, woher es kam. Ich möchte nur sicherstellen, dass in diesem Raum insgesamt das Handy-Verbot eingehalten wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Meldorfer Gelehrtenschule.

(Beifall)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann mich zum Teil den Worten meiner Vorrednerinnen und Vorredner, insbesondere auch Ihnen, Frau Schwarz, anschließen. Es war leider nur in der ersten Minute Ihrer Rede, dass ich empfand, dass Sie einiges zu rechtgerückt haben, was mich bei Ihrem Antrag doch etwas überrascht hat. Sie haben Recht mit dem **Familienbild**, das Sie hier heute in Ihrer Rede beschrieben haben. Das war aber etwas anderes als das - wie der Kollege Dr. Garg schon sagte -, was sich aus dem Antrag ergibt.

(Beifall bei der F.D.P. - Thorsten Geißler [CDU]: Es gilt das gesprochene Wort!)

- Wie schön! Es wäre schön, wenn das gesprochene Wort manchmal auch schon in den schriftlichen Anträgen stünde; dann verstünde man sie besser.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Unabhängig davon möchte ich jetzt trotzdem meine Rede halten. Wenn wir heute „Familie“ sagen, dann sprechen wir nicht mehr von der so genannten bürgerlichen Familie oder der Kernfamilie von Vater, Mutter und Kind, obwohl das heute immer noch statistisch der Normalfall ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, Frau Abgeordnete! Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Es gibt heute eben eine große Vielfalt. Das haben meine Kolleginnen und Kollegen vorher ja auch schon gesagt.

(Silke Hinrichsen)

Gemeinsam ist aber allen diesen Gruppen nur noch die **Gemeinschaft von Kindern und Erwachsenen**. Man könnte diagnostizieren, dass Familie heute nicht mehr auf einer Partnerschaft fußt, wie dies früher erwartet wurde. Familie ist heute dort, wo Kinder mit Eltern leben, wobei es weder zwei Eltern sein müssen noch überhaupt die biologischen Eltern.

Unabhängig davon, ob wir von Kernfamilien, Ein-Eltern-Familien, Mehrgenerationenfamilien, „Patchwork-Familien“ oder heterosexuellen oder homosexuellen Lebensgemeinschaften mit Kindern sprechen - sie alle haben einen gemeinsamen Nenner: Sie sind der Ort, wo Kinder sozialisiert werden und wo sie emotionalen Halt finden sollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genau das macht sie zur Familie und genau das ist der Grund, weshalb wir ihnen als Gruppe gute Lebensbedingungen sichern müssen.

Der zentralen Bedeutung von Familien in diesem Sinne stehen aber immer noch strukturelle Benachteiligungen in unserer Gesellschaft gegenüber. Die Probleme sind vielfältig. Es fängt vor allen Dingen bei der materiellen Situation der Familien an. Der Kinderschutzbund rechnet uns vor, dass ein Kind bis zum Abitur 600.000 DM kostet. Wie viele Eltern können ihren Kindern wohl diesen Start ins Leben nicht bieten? Außerdem baut das deutsche Recht für Familien trotz Verbesserungen beim Kindschaftsrecht immer noch maßgeblich auf eine bestimmte Partnerschaftsform der Erwachsenen und nicht auf die Elternschaft.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Damit wird ein großer Teil der finanziellen Förderung fehlgeleitet. Wer wirklich die Familien unterstützen will, muss endlich die Kinder und Eltern fördern und nicht die Ehe.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt also viel zu tun in der Familienpolitik. Ein Familienpreis ist nach unserer Ansicht jedoch nicht der richtige Weg.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er ist nicht nur deswegen nicht der richtige Weg, weil die Benachteiligungen von Familien dadurch kaum verbessert werden; denn es geht schließlich nicht vorrangig darum, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für familiäre Zusammenleben zu stärken, sondern wir - die Politik - müssen erst einmal unsere Hausaufgaben machen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Caroline Schwarz [CDU]: Richtig!)

Wir lehnen den **Familienpreis** auch deshalb ab, weil die große Gefahr besteht, dass bei der Auswahl der Preisträger und -trägerinnen bestimmte **Familienleitbilder** gefördert werden. Dies ist aber nach unserer Ansicht nicht sinnvoll.

(Beifall bei SSW und F.D.P. sowie der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Anna Schlosser-Keichel [SPD])

In Deutschland hat man seit dem In-Kraft-Treten des Allgemeinen Preußischen Landrechts von 1794 eine starke Tradition dafür, staatlicherseits ein Familienleitbild vorzugeben. Das hat - vielleicht mit Ausnahme der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts - eigentlich nie funktioniert. Es hat aber zur Benachteiligung derjenigen geführt, die nicht in das staatlich akzeptierte Bild der Familie passten.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der starken Ausdifferenzierungen der Familienformen erscheint eine Politik der Familienleitbilder weniger sinnvoll denn je. Der Staat soll kein familienpolitisches Leitbild vorgeben, sondern gute Rahmenbedingungen schaffen.

(Beifall im ganzen Haus)

Wer Familien wirklich stärken will, sollte durch eine sachbezogene Politik den Kindern gute materielle Lebensbedingungen sichern, Erwachsenen Zeit für Kinder geben und eine Arbeitsteilung der Geschlechter ermöglichen. Es geht nicht darum, den Menschen bestimmte Familienmodelle vorzugeben, es gilt sie darin zu unterstützen, Familie so zu leben, wie sie es können und wollen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch eine solche Setzung des gesellschaftlichen Rahmens lässt sich mehr erreichen als durch die staat-

(Silke Hinrichsen)

liche Propagierung von vermeintlich universalen Familienwerten.

(Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Letztlich macht man mit einer solchen Politik auch den familienpolitisch engagierten Menschen eine größere Freude. Denn damit unterstützt man ihr Engagement sicherlich mehr als mit Ehrenbekundungen.

(Beifall bei SSW, SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Lütkes.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Familienministerin, als eine Ministerin, bei der das Wort „Familie“ ausdrücklich in der Ressortbezeichnung vorkommt, bin ich bei aller scheinbaren Gegensätzlichkeit in der Debatte sehr froh darüber, dass **Familienpolitik** Thema in diesem Landtag ist, und würde mich freuen, wenn Sie beschließen würden, die Diskussion im Ausschuss mit einer Anhörung über den umfangreichen und informativen Familienbericht der Regierung weiterzuführen. Denn wir brauchen die familienpolitische Debatte.

Ich glaube, dass die Intention des CDU-Antrages auch dahin geht, deutlich zu machen, dass die familiären Erziehungs- und Lebenszusammenhänge in dieser Gesellschaft überwiegend sind, dass wir gemeinsam immer wieder darauf hinzuweisen haben, dass öffentliche Erziehung, beispielsweise Jugendhilfe und Schule, über die wir gerade intensiv diskutiert haben, dass Jugendarbeit und Jugendverbände das eine sind, dass aber zu der unmittelbaren Zuwendung, der direkten Bildungs-, Wissens- und auch Gefühlsvermittlung in familiärem Zusammenhang keine öffentliche Alternative existiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Dahinter steht aber auch die Erkenntnis, dass eine ausreichende materielle Absicherung durch Regierung und Parlament, durch den Staat für all diejenigen notwendig ist, die sich der Erziehung und Betreuung von Kindern widmen, die Verantwortung für andere übernehmen und die den Ort garantieren, an dem die Übernahme von Verantwortung gelernt werden kann und gleichzeitig Geborgenheit und Wärme vermittelt werden.

Wir wissen aus der Shell-Studie, dass Jugendliche gerade die Suche nach der Idealbeziehung immer wieder formulieren und dass die Suche nach Beziehungen, die Geborgenheit vermitteln, gerade in dieser Gesellschaft, von übergroßer Wichtigkeit ist.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Silke Hinrichsen [SSW])

Die Landesregierung setzt sich selbstverständlich gerade deshalb für die Förderung von Familien ein, wobei ich die Debatte über den Familienbegriff an dieser Stelle nicht erneut beginnen will. Aber wir müssen sie führen, auch wenn hier in einigen Diskussionsbeiträgen eine Richtung bestimmt wird, dass ich mitunter denke, der Analyse ist genug getan. Wir sind uns vielleicht einig, dass sich der Familienbegriff, dass sich Familienstrukturen geändert haben und nun darauf zu reagieren ist. Es ist festzustellen, dass die Landesregierung, aber auch die Bundesregierung in dieser Richtung arbeiten, um die Lebensbedingungen von Familien zu verbessern und sie materiell zu entlasten.

Ich möchte einige Beispiele nennen. Sie wissen, dass die Förderung der Familienferienerholung, der Familienbildungsstätten, aber insbesondere der Beratung und spezieller Angebote für Problemfamilien von dieser Landesregierung intensiv unterstützt wird. Wir haben vorhin über Jugendhilfe und Schule gesprochen. In diesem Zusammenhang sind neue Modelle entwickelt worden, um Familie bei ihrer Aufgabe zu unterstützen. Ich weise auf den Begriff der Elternschule hin, auf die Versuche, „Elternschaft lernen“ in der Schule als Lernfeld aufzunehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur das vordergründig Entlastende, die Beratungsarbeit für Familie ist entscheidend, wir müssen uns auch rechtlich, gesamtpolitisch auf die eben erwähnte veränderte Familienstruktur einstellen. Rechtliche Anerkennung und Gleichstellung neuer **Familienformen** sind ebenso wesentlich wie Förderprogramme. Insofern gilt es, die Rechte einzelner Familienmitglieder individuell zu stärken, das Kindeswohl wirklich ernst zu nehmen, gesetzliche Vorschriften zu schaffen, die das Kindeswohl schützen, und die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern neu zu definieren. Der neue § 1631 BGB beispielsweise ist ein längst überfälliger Schritt in diese Richtung, nicht nur ein Symbol, aber auch ein Symbol in diese Richtung. Das veränderte Kindesunterhaltsrecht, die Stärkung von Kindesunterhaltsansprüchen zugunsten der Kinder, die bei Alleinerziehenden leben und dadurch

(Ministerin Anne Lütkes)

einen höheren Anteil am Kindergeld haben als früher, sind auch ein ganz wesentliches Signal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein ebenso wichtiges Signal ist die veränderte rechtliche Situation von gleichgeschlechtlichen Partnern bezogen auf die Alterssorge. Auch das so genannte kleine Sorgerecht für zusammenlebende eingetragene homosexuelle Partner scheint mit mir ein sehr wichtiger Punkt zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sehen also, dass es auf der einen Seite einzelne Schritte gibt, Familien zu beraten, zu entlasten, dass wir aber auf der andere Seite - gerade anschließend an die neuen unterschiedlichen Familienstrukturen - die Beratungs- und Begleitungsarbeit weiter intensivieren müssen.

Ich bin mir aber mit vielen Vorrednerinnen und Vorrednern hier einig, dass ein Symbol vielleicht eben ein Symbol ist, aber in der jetzigen Situation nicht ausreicht, in der vorgeschlagenen Weise nicht weiterführt und gerade Familien von der Landesregierung, aber auch vom Landtag zu unterstützen sind. Es ist wichtiger, die Debatte fortzuführen, die einzelnen Schritte zu konkretisieren und wirklich Hilfe zu leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich festgestellt habe, ist, dass viele auf jener Seite noch sehr einem Schubladendenken verhaftet sind -

(Lothar Hay [SPD]: Schuhkarton! - Unruhe)

- oder Schuhkarton; Herr Hay, mal sehen, ob Sie das gleich auch noch sagen -, einem Schubladendenken insofern, dass sie meinen, wenn so ein Antrag zum Thema Familie von der CDU kommt, dann kann das nur in eine ganz bestimmte Richtung gehen, nämlich traditionelles, romantisches Familienbild. So haben Sie sich da wahrscheinlich gegenseitig wild gemacht. So muss das sein. So ein Mist! So ist es heute gar nicht gewesen und so ist es gar nicht gemeint.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] - Unruhe)

Wir haben ganz deutlich gemacht, dass ein **Familienpreis** keine konkrete **Familienpolitik** ersetzen kann. Das habe ich wiederholt mehr als deutlich gesagt. Es geht uns nicht darum, dass wir uns auf ein bestimmtes Familienbild festlegen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete! Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber bitte nicht in der Lautstärke. - Frau Abgeordnete Schwarz hat das Wort.

Caroline Schwarz [CDU]:

Danke! - Uns geht es nicht um das Festlegen auf ein bestimmtes Familienbild. Frau Hinrichsen, Sie haben das sogar „Familienleitbild“ genannt. Nein, darum geht es uns nicht.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Dafür ist die „Familienlandschaft“ mittlerweile zu vielfältig. Ich habe hier auch die ganzen Formen, die es mittlerweile gibt, genannt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Das wird von uns selbstverständlich nicht nur akzeptiert, sondern es ist völlig okay und viele von uns leben ja in solchen neuen familiären Bindungen.

(Zurufe von der SPD)

Wieso sollten wir an der Realität vorbeireden? - Herr Dr. von Hielmcrone, fast hätte ich etwas zu Ihrem stüßen Dackel gesagt.

(Zurufe)

Es gibt nicht mehr einen bestimmten „Familientyp“. Dazu ist das Leben mit Kindern viel zu vielfältig geworden. Diese Veränderungen werden von uns in jeder Weise anerkannt und akzeptiert.

Es geht uns um ein symbolisches Zeichen für diejenigen, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen, dass die Familien in all ihren Gestaltungsformen in unserer Gesellschaft gestärkt werden. Symbolische Preise vergeben wir doch oft. Der Umweltpreis wird zwar von den Unternehmensverbänden vergeben, aber was ist er anderes? Wir vergeben Sportlerpreise. Beim Wettbewerb „Chancengleichheit durch Personalentwicklung“ ist zwar ein Wettbewerb vorgeschaltet, aber zum Schluss wird auch ein Preis vergeben. Ein bestimmter Betrieb bekommt den Preis und andere nicht. Damit schaffen wir doch kein Leitbild für Betriebe in Schleswig-Holstein. Die Symbolik hat unse-

(Caroline Schwarz)

rer Meinung nach einen hohen Stellenwert, weil sie ein Anreiz für andere schaffen kann, sich ebenfalls ehrenamtlich für Familien und für Kinder in unserer Gesellschaft zu engagieren. Nicht mehr und nicht weniger ist gemeint.

Eine familienpolitische Debatte im Sozialausschuss wäre vollkommen in unserem Sinne und würde das Ganze ergänzen und bereichern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schwarz, das Problem ist nicht der Debattenbeitrag der CDU. Das Problem ist der Antrag.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte das noch einmal deutlich machen. Sie sagen, das sei alles völlig wertfrei, Sie akzeptierten Familie als den Ort, wo Kinder leben. Sie schreiben dann aber, dass ehrenamtlich tätige Persönlichkeiten und - das haben Sie eben noch einmal dargestellt - „Initiativen, bei denen aufgrund des Handlungszeitraumes ein Erfolg sichtbar und nachvollziehbar ist“, ausgezeichnet werden sollen. Ich schildere Ihnen nun ein Beispiel und Sie sagen mir, was der Erfolg ist. Ich habe eine Initiative, eine Persönlichkeit, die dazu beiträgt, dass sich zehn Familien, die sie berät, anschließend scheiden lassen. Den Kindern geht es nach der Scheidung bei der allein erziehenden Mutter oder dem allein erziehenden Vater besser als vorher. Was ist nun der Erfolg?

(Caroline Schwarz [CDU]: Dass es den Kindern besser geht!)

Oder bekommt die Person einen Preis, die dazu beigetragen hat, dass diese Familie nach wie vor zusammenlebt? Sie müssten doch, um den Erfolg dessen zu vermitteln, was Sie tun, in die Familien gehen, die beraten worden sind, und dort überprüfen, ob es einen Erfolg im familiären Zusammenleben mit Kindern gegeben hat. Genau das geht nicht. Das hat auch mit „wertfrei“ nichts zu tun. Das kann überhaupt nicht unsere Aufgabe sein.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht Aufgabe des Staates sein zu kontrollieren, ob es Personen, die mit Kindern leben, nach einer Beratung oder einer Intervention - von wem auch im-

mer - besser geht. Ich teile ausdrücklich das, was Frau Hinrichsen vorhin gesagt hat. Wir müssen den Rahmen setzen, damit alle Beteiligten künftig und mit einem gewissen Respekt voneinander zusammenleben können. Alles andere ist schlicht und ergreifend nicht Aufgabe des Staates.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, aber, wenn ich es richtig verstehe, auch Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den weitergehenden Antrag, das heißt über die Überweisung an den Sozialausschuss, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Aschmoneit-Lücke und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung des Abgeordneten Garg abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Internat Schloss Plön

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/364

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/423

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/564

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlagen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man stelle sich vor, der Ministerpräsident des Freistaates Bayern würde, flankiert von seiner Kultusministerin und seinem Wirtschaftsminister, in einer Pressekonferenz in München verkünden: „Der Freistaat verkauft das Schloss Herrenchiemsee an einen privaten Investor, der dort ein berufliches Weiterbildungszentrum errichtet.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ob dann wohl am folgenden Tag im „Münchner Merkur“ und in der „Süddeutschen Zeitung“ Artikel und Kommentare mit der Überschrift „Glücksfall für das Land“ erscheinen?

Man stelle sich vor, Ministerpräsident Stolpe würde in Potsdam Ähnliches zu einem Verkauf der Brandenburger Schlösser Sanssouci oder Rheinsberg verkünden. Ob sich dann wohl tags darauf in Kommentaren etwa in der „Berliner Zeitung“ oder im „Tagesspiegel“ Kulturredakteure darüber freuen würden, dass der Verkaufserlös anderen Kulturstätten und kulturellen Einrichtungen zugute käme, und das dann auch noch unter der Überschrift „Ja, ist denn schon Weihnachten?“?

Was andernorts undenkbar ist, ist in Schleswig-Holstein Realität. Darin spiegelt sich wider - das ist das Fazit, das ich aus diesem Vergleich ziehe -, wie sehr unser Land inzwischen finanziell aus dem allerletzten Loch pfeift.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung erklärte sich außerstande, eines der wertvollsten Kulturdenkmäler, das sich in Landesbesitz befindet, weiter zu erhalten. 4 Millionen DM für dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen seien nicht aufzutreiben. Schleswig-Holstein - auch das darf man in diesem Zusammenhang erwähnen - überweist jährlich 1,6 Millionen DM an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, ist aber nicht in der Lage, seinen eigenen Kulturbesitz zu erhalten.

Wer auf diese Fakten und Vergleiche hinweist, der läuft angesichts der nahezu einhellig in der Öffentlichkeit und in den Medien vorherrschenden Begeisterung über den Verkauf des Plöner Schlosses natürlich Gefahr, als Spielverderber zu gelten.

Sicherlich ist es richtig, dass der spezielle Plöner Immobiliendeal der Landesregierung auch Vorteile und Chancen bietet. Die teilweise Öffnung des Plöner Schlosses für kulturelle Zwecke und für die Öffent-

lichkeit zählt dazu ebenso wie der voraussichtliche wirtschaftliche Nutzen für die Plöner Region. Das alles wollen wir nicht in Abrede stellen, aber es wäre unehrlich, wenn man darüber die politischen Kosten dieses Plöner Immobiliendeals verschweigen würde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zu diesen politischen Kosten zähle ich neben dem bereits erwähnten politischen und finanziellen Offenbarungseid dieser Landesregierung vor allem auch den Glaubwürdigkeitsverlust für die Landespolitik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich darf darauf hinweisen: Noch zu Jahresbeginn - ich zitiere aus dem „Ostholsteiner Anzeiger“ vom 10. Januar - bekräftigte die Ministerpräsidentin den Fortbestand des Internats. So hieß es in einem Bericht über den Neujahrsempfang der Plöner SPD, übrigens eine Veranstaltung im Plöner Schloss. Noch am 21. September erklärte die Kultusministerin im Bildungsausschuss - ich zitiere aus dem Ausschussprotokoll -, dass das **Schloss Plön** nicht zum Verkauf stehe. Eine vertrauensbildende Maßnahme für die Glaubwürdigkeit der Landesregierung sind die Sinnesänderung und der jetzige Verkauf des Plöner Schlosses also ganz gewiss nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Für die Plöner Internatsschüler markiert die Entscheidung der Landesregierung das wirklich bittere Ende einer langjährigen Vernachlässigung ihrer Einrichtung, ihres **Internats** durch das Land. Ich meine, dass es zumindest eine Sache der Fairness ist, jetzt den betroffenen Internatsschülern eine ordentliche Auffanglösung - wenn es denn zum Verkauf kommt - zu bieten und nicht auch wieder nur Schmu zu betreiben und ihnen letzten Endes, beispielsweise was die finanziellen Belastungen und die Qualität der Alternativen anbetrifft, eine schlechte Abwicklung zuzumuten. Wir werden über diese Frage im Bildungsausschuss weiter zu reden haben.

Darüber hinaus bleibt die Frage, ob das Land auf dem jetzt eingeschlagenen Weg wirklich den bei einem Verkauf des Plöner Schlosses erreichbaren maximalen Ertrag erzielen konnte. Kollege Kubicki hat bereits am Mittwoch in der Haushaltsdebatte darauf hingewiesen, dass wir in der Vergangenheit als Land und als Landtag bei anderen Verkäufen von Landesliegenschaften durch andere Verfahren, auch durch öffentliche Ausschreibungen anders verfahren sind und höhere Erlöse erzielen konnten als im Rahmen einer - so will ich es einmal nennen - „Exklusivvermarktung“.

(Rolf Fischer [SPD]: Was ist? Ist der Preis zu hoch oder zu niedrig?)

(Dr. Ekkehard Klug)

Es bleibt - das ist mein letzter Satz - immerhin festzustellen, dass - Herr Kollege Fischer, hören Sie doch einmal zu!

(Rolf Fischer [SPD]: Ich höre die ganze Zeit zu!)

Das Land Schleswig-Holstein erzielt einen Verkaufserlös von 7 Millionen DM. Dem stehen aber aus dem Regionalprogramm öffentliche Fördermittel in Höhe von über 10 Millionen DM gegenüber. Mit anderen Worten: Im Saldo fließt mehr aus öffentlichen Kassen heraus, als im Gegenzug wieder hereinkommt.

(Minister Claus Möller: Kameralist!)

Das ist Faktum. Auch darüber wird noch einmal nachzudenken sein.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Höppner.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die ersten Entscheidungen für die Zukunft des Plöner Schlosses sind gefallen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja, das stimmt!)

In den Fraktionen des Landtages, in der breiten Öffentlichkeit, aber auch in den politischen Vertretungen von Stadt und Kreis wird das Ergebnis der Verhandlungen der Kultusministerin als ausgesprochen überraschend, aber im Wesentlichen positiv beurteilt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für einen Bürger der Stadt Plön, wie ich einer bin, ist die Erkenntnis, dass es eine so traditionsreiche Einrichtung wie das **Internat Schloss Plön** ab 2001 nicht mehr geben wird, allerdings etwas beklemmend.

Gestatten Sie mir, dass ich vielleicht anders als die Berichte und Kommentare in unseren Presseorganen, die das Spektakuläre dieses Ereignisses feiern, diese Entwicklung daher auch mit einem weinenden Auge betrachte.

Für einen Abgeordneten, der in den vergangenen Monaten persönlich mit den betreffenden Erziehern und jungen Menschen gesprochen hat und der erleben muss, dass die Klassenkameradinnen und Klassenkameraden der eigenen Kinder ihre zweite Heimat, das Internat, verlassen müssen, hat das Ergebnis der Verhandlungen um den **Verkauf des Plöner Schlosses**

vor allem auch eine menschliche Dimension angenommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich setze aus diesem Grund auf die pädagogische Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher des Internates, um vor allen Dingen die jungen Internatlerinnen und Internatler behutsam und fürsorglich auf ihren bevorstehenden Wechsel vorzubereiten.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Ich bin mir sicher, dass sich die Pädagogen des Internates dieser Pflicht bewusst sind, und möchte Ihnen, den Erzieherinnen und Erziehern des Internates, an dieser Stelle - wie ich denke - im Namen aller Kollegen dieses Hauses ganz herzlich für ihre jahrelange und von einigen sogar jahrzehntelang geleistete Arbeit mit den jungen Leuten danken.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Erzieher und Internatler haben auf der Seite der Eltern und der Butenplöner für den Erhalt ihrer Einrichtung wacker gekämpft und bis zuletzt Hoffnung gehabt, dass es eine Zukunft für das Internat gibt.

Ich wünsche mir ebenso, dass es zwischen der abgehenden Einrichtung in Plön und der aufnehmenden Einrichtung in St. Peter eine gemeinsame Vorbereitung des Wechsels gibt. Die Zeit hierfür sollte in jedem Fall genutzt werden. Es mag für die Betroffenen des Plöner Internats wenig tröstlich sein, aber Schulschließungen und Schließungen von Schulzweigen und auch die Schließung einer Internatseinrichtung hat es in der jüngeren Vergangenheit, in den letzten zehn Jahren gerade im Kreis Plön gegeben. Ich denke hier an das Auslaufen der Hauptschulen in Kirchbarkau, Klausdorf und Laboe, an die Schließung der Landwirtschaftsschule in Preetz und die Schließung der Schule und des Heimes auf der Blumenburg in Selent. Das Landesjugendheim ist nämlich auch ein Internat gewesen. Mit Ausnahme der betroffenen Landwirtschaftsschule in Preetz hat es kaum eine öffentliche Diskussion gegeben, vielleicht weil Schülerinnen und Schüler dieser Schularten nicht über eine so aktive Lobby verfügen wie das Plöner Internat.

In den kleinen Einheiten und Nischen unseres Schulwesens wird es immer wieder Entwicklungen und Veränderungen geben, die zu Schließungen führen. Die Internate unseres Landes stellen einen solchen Nischenbereich mit wenigen hundert Schülern angesichts der 102 Gymnasien mit über 70.000 Schülern im Land dar. Die Internate sind weitaus mehr Nischen als zum Beispiel die Waldorfschulen in Schleswig-

(Dr. Henning Höppner)

Holstein, in denen 3.000 Schülerinnen und Schüler beschult werden.

Internate haben in den vergangenen drei Jahrzehnten einen erheblichen Funktionswandel durchgemacht. Das Schülerklientel hat sich erheblich verändert. So sind auch in Plön eine Vielzahl der jungen Menschen im Internat eher förderungs- und betreuungsbedürftige junge Menschen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Denen nimmt man das Zuhause weg!)

Sie mögen das an der Anzahl der im Plöner Internat beschäftigten pädagogischen Kräfte ermitteln. Neben acht zur Hälfte freigestellten Lehrerinnen und Lehrern stehen dort acht Vollzeiterzieher in Diensten. Wenn wir davon ausgehen, dass die erste Hälfte eines Internatstages in der Schule stattfindet, also an einem anderen Ort und mit anderen Lehrern, können Sie sich vorstellen, wie eng dieses Betreuungsnetz für diese 16 Pädagogen und die Internatler geknüpft war. Jedenfalls ist der pädagogische Betreuungsaufwand außerhalb des schulischen Angebots in Plön sehr viel aufwendiger gewesen als in den anderen Internaten des Landes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Immer bei den Schwächsten wird gespart!)

Wenn wir die vorgelegten Konzepte bewerten, werden wir ehrlicherweise auch feststellen müssen, dass diese Konzepte wesentlich auf eine andere Art von Schülerschaft ausgerichtet waren. Während heute junge Menschen aus sozialer oder pädagogischer Fürsorge im Internat Aufnahme finden, so stünde diesem, dem Konzept der Butenplöner folgend, zukünftig eine Förderung der Leistungselite in den Bereichen Musik, Leistungssport und IT-Kompetenz gegenüber. Man hätte ehrlicherweise einer großen Zahl der heutigen Internatler sagen müssen, dass sie vielleicht ihre Schullaufbahn beenden können, aber in Bezug auf das neue Leistungsprofil des Internates den gestellten Anforderungen nicht gerecht werden.

Schauen wir in die Zukunft! Die Internatlerinnen und Internatler werden ihre zweite Heimat sicherlich schnell akzeptieren. Wer die Internate unseres Landes kennt, weiß, dass sie dort ebenso gut aufgehoben sind. Für Plön wird die Akademie der Fielmann AG und vor allem das wieder hergestellte Kulturdenkmal eine deutlich positive Entwicklung für die Stadt einleiten und die neuen Standortqualitäten werden der örtlichen Wirtschaft, dem Fremdenverkehr und dem Kulturstandort Plön einen deutlichen Aufschwung geben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vorhin wollte er nichts Gemeines sagen! Jetzt kann er!)

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ob der Verkauf des Schlosses Plön in der Tat ein Glücksfall für das Land und ein vorgezogenes Weihnachtsfest ist, wie in der Landespresse dargestellt wurde, ist etwas, das das weitere Verfahren noch zeigen muss. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dadurch in der Tat neue Perspektiven eröffnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie mit einer anderen Brille sehen!)

Zunächst einmal ist dieser Verkauf eine weitere Wende in einem sehr windungsreichen Prozess und Weg, den wir in der Diskussion um das **Schloss Plön** hinter uns gebracht haben.

(Jürgen Weber [SPD]: So weit stimmt es!)

- Ja, das ist so!

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

An dieser Stelle möchte ich Folgendes sagen. Es wird immer von Privatisierung gesprochen. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Nutzung privatisiere oder ob ich etwas verkaufe. In diesem Fall handelt es sich schlichtweg um einen Verkauf und nicht um die Privatisierung einer Nutzung.

Die Gründe, die für den Verkauf auch von Ihnen, Frau Ministerin, genannt werden, sind nichts anderes als eine lange Liste landespolitischer Versäumnisse.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es wird beispielsweise angeführt, es müsse verkauft werden, weil es einen so großen Investitionsstau gibt. Da muss man die Fragen stellen: Warum gibt es diesen Investitionsstau? Warum sind die Mittel, die durch den Verkauf anderer Liegenschaften im Schlosskomplex eingenommen wurden, nicht reinvestiert worden, wie es versprochen worden ist?

Es wird gesagt, man könne sich von dem Internat trennen, denn es habe kein Profil und sei nicht interessant. Dann muss man sich die Frage stellen: Warum hat das Internat denn kein Profil?

Es hat mehrere Versuche gegeben, diesem Internat ein Profil zu geben. Diese Versuche sind von der Landesregierung nicht aufgenommen worden. Aus diesem

(Jost de Jager)

Grunde ist kein Profil entstanden, das ein Internat jetzt schon in dem Sinne dargestellt hätte, wie wir es uns gewünscht haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Augenblick einen Tagesordnungspunkt behandeln, der auf Anträgen von CDU und F.D.P. basiert, die gefordert haben, das Internat zu erhalten. An dieser Stelle möchte ich auch sagen: Für die Schülerinnen und Schüler dieses Internats, für die Erzieherinnen und Erzieher wie auch für die Lehrer, die dort tätig gewesen sind, ist der Verkauf des Internats kein vorgezogenes Weihnachtsfest und auch kein Glücksfall.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein ganz trauriges Ereignis!)

Man stellt sich die Frage, warum diejenigen, die den Verkauf des Schlosses jetzt als einen so großen Erfolg darstellen, es nicht geschafft haben, parallel als Alternative eine Perspektive für das Internat zu eröffnen, es vielleicht in einer anderen Liegenschaft, aber in Plön, zu erhalten und weiterzuführen. Es gab immerhin einmal eine von der Ministerpräsidentin ausgesprochene Bestandsgarantie für das Internat in Plön. Wenn man dann liest, dass der Staatssekretär am Dienstag vor den Schülerinnen und Schülern gesagt hat - wortwörtlich Staatssekretär Stegner -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

„Man muss berücksichtigen, dass Heide Simonis ihre Bestandsgarantie für das Internat im Rahmen einer Wahlveranstaltung abgegeben hat“, dann muss man schon kritisieren, mit welcher Kälte, welcher Eiskälte und mit welchem Tempo Sie sich von gegebenen Versprechen lösen

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und mit welcher unerklärlichen Hast Sie nun dabei sind, das Internat abzuwickeln. Ich bin fest davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass es eine Möglichkeit gegeben hätte, das Internat zu erhalten. Es gibt die Möglichkeit, das Internat alternativ weiterzuführen, selbst wenn man das Schloss verkauft. Das sind keine Optionen, die sich gegenseitig ausschließen. Aber dieser Versuch ist nicht unternommen worden.

Meine Damen und Herren, bei all den Versuchen, die Sie auch im Bildungsausschuss gemacht haben, uns zu erklären, warum die verschiedenen Varianten zur Weiterführung des Internats nicht funktionieren, sind Sie die Antwort auf eine Frage offen geblieben: Warum gelingt es, in einer von uns vorgeschlagenen Trägerschaft ein Internat weitgehend kostendeckend in St. Peter zu führen, dies aber in Plön ausgeschlossen sein soll?

Deshalb sollten wir nach meiner Meinung die heutige Diskussion noch einmal dafür nutzen zu überlegen, ob wir nicht neben den Optionen, die jetzt beraten werden - nämlich dem Verkauf des Schlosses Plön -, das Internat an anderer Stelle, in einem anderen Gebäude nach einem neuen Konzept weiterzuführen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Wir sind davon überzeugt, dass wir Internate in Schleswig-Holstein brauchen können,

(Günter Neugebauer [SPD]: Wo haben Sie das Geld her?)

dass sie ein positives Zeichen für das Land Schleswig-Holstein sein können und dass wir deshalb alles unternehmen sollten, das Internat zu erhalten. Der Verkauf des Schlosses Plön darf nicht mit einem Bildungsabbau einhergehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mein letzter Satz: Wenn ich nun lese, dass innerhalb von vier Monaten verkauft werden soll, und wenn ich lese, dass diejenigen Schüler, die vor dem Abschluss stehen, jetzt noch für ein Jahr in Koppelsberg untergebracht werden, bevor sie ihren Abschluss ablegen, muss ich sagen: Ich persönlich bin der Ansicht, Frau Erdsiek-Rave, dass das Land eine Verpflichtung - auch eine moralische Verpflichtung - eingegangen ist, als es diese Schülerinnen und Schüler in das Internat aufgenommen hat. Diese Verpflichtung währt länger als ein weiteres Jahr.

Deshalb fordere ich Sie auf, meine Damen und Herren und Frau Erdsiek-Rave: Geben Sie dem Internat noch eine weitere Chance und zeigen Sie uns hier die Alternativen auf, die Sie aufzeigen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Günter Neugebauer [SPD]: Das ist Populismus pur!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, diese Bedenken gegen den Verkauf von Immobilien würde ich mir auch wünschen, wenn es um den Verkauf der WObAU-Wohnungen, den Sie ja immer wieder fordern, geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Es ist in der Tat richtig, dass nicht nur Schleswig-Holstein, sondern eine Reihe von Bundesländern die

(Angelika Birk)

sehr schönen Liegenschaften aus der Zeit des Feudalismus nicht mehr allein so aufrechterhalten können, wie es notwendig ist, weil dies sehr aufwendige denkmalpflegerische Anstrengungen erfordert. Über den Umgang mit solchen Liegenschaften entscheidet die Antwort auf die Frage: Wer übernimmt sie beim Verkauf?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Käufer!)

Bei aller Überraschung und auch aller Kritik - die ich auch mehrfach geäußert habe - an der Art, wie mit den Erzieherinnen und Erziehern sowie mit den Schülerinnen und Schülern im Internat seitens des Ministeriums umgegangen wurde,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kaltherzig!)

kann ich doch nicht verhehlen, dass ein Käufer mit dem Namen Fielmann an dieser Stelle für uns ein Glücksfall ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ich hätte nicht jedem Namen eine solche Laudatio hinterhergeschickt, aber in diesem Falle hat ein Unternehmen und insbesondere eine Unternehmerpersönlichkeit bewiesen, dass sie sich dem Gemeinwohl - sowohl was den Naturschutz als auch was das Kulturerbe betrifft - verpflichtet fühlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem ist es an dieser Stelle angezeigt, auch eine Bitte weiterzugeben, die die Zukunft der Schülerinnen und Schüler betrifft.

Frau Erdsiek-Rave, Sie als Person haben immer deutlich gemacht, dass Sie hier abzuwägen wissen zwischen dem Wohl dieser Kinder und Jugendlichen und der kulturellen Aufgabe, vor der Sie stehen, sowie der Mahnung des Landesrechnungshofs. Ich muss aber in aller Deutlichkeit sagen, dass dies in den Auseinandersetzungen um dieses Internat bei allen denjenigen, die in Ihrem Auftrag dafür tätig waren, nicht immer vorzufinden gewesen ist. Das hat auch die Verhärtung und die Trauer, die mit einer Schließung immer verbunden ist, deutlich befördert.

Ich erwarte jetzt, dass kein Kind und kein Jugendlicher aufgrund von finanzieller Schwäche der Eltern in St. Peter-Ording oder in Koppelsberg - das ist ja die zweite Möglichkeit für diejenigen, die bald ihren Schulabschluss ablegen wollen - nicht aufgenommen werden kann und dass auch unkonventionelle Lösungen, wie sie die älteren Jugendlichen selbst vorge schlagen haben, nämlich eine Wohngemeinschaft zu gründen, unterstützt werden. Das sind wir den Kindern

und Jugendlichen schuldig, gerade auch nach dem, was wir heute Morgen in großer Gemeinsamkeit hier verabschiedet haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zweiten erwarte ich natürlich - so sehr ich Verständnis für die Vertraulichkeit von Verhandlungen dieser Dimension habe -, dass Transparenz herrscht - das war auch zugesichert worden - sowohl hinsichtlich der Verkaufsverhandlungen - was das dann für das Land gebracht hat, wie viele öffentliche Mittel seitens der EU oder anderer Geldgeber hereinfließen -, aber was auch die Verwendung dieser Mittel betrifft. Nicht umsonst sind sie ja weiterhin kulturellen Zwecken gewidmet. Ich freue mich sehr darüber, dass dies so geschehen ist und dass wir damit andere historisch wertvolle Liegenschaften ebenso wie das Schloss Plön weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich machen und es einer vielfältigen und damit keineswegs nur elitären Nutzung überantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte an dieser Stelle zudem unterstreichen, dass wir die Mittel auch der Kulturstiftung des Landes gewidmet haben wie auch den ebenso notwendigen, wenn auch sicherlich im Vergleich mit Schlössern kleineren Investitionen, die im Bereich der soziokulturellen Zentren erforderlich sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hiermit wird deutlich, dass wir es mit einem Gesamtpaket zu tun haben und dass zumindest kulturpolitisch an diesem Gesamtpaket nichts auszusetzen ist. Ich erwarte, dass uns dies auch im Vollzug transparent sowohl im Bildungsausschuss als auch im Finanzausschuss deutlich gemacht wird. Die Grundermächtigung hierfür haben wir ja mit dem Haushalt gegeben.

Weiter gestatten Sie mir aber auch noch einmal meinen Appell: Die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kindern und Jugendlichen, die in sehr deutlicher - wie ich finde -, aber auch sehr disziplinierter und in manchmal geradezu beängstigend erwachsener Art und Weise auf alle diese Wendungen reagiert haben, müssen wir zurückgewinnen, indem wir wenigstens jetzt diese Entscheidung human vollziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde nur drei kurze Anmerkungen zu diesem Punkt machen.

Erster Punkt. Natürlich haben wir Verständnis dafür, dass das Plöner Internat und alle, die mit dem Internat zu tun haben, jetzt unsicher sind und vielleicht sogar Angst vor der Zukunft haben. Das Ministerium ist also gefragt, jetzt fürsorglich und verantwortungsbewusst zu handeln. Daran werden wir dann auch letztlich die Abwicklung dieses Verkaufs messen.

Ich bin aber sicher, dass die Bildungsministerin dies alles sehr genau weiß und es auch sehr ernst nimmt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Die Bestandsgarantie der Ministerpräsidentin ist auch heute wieder als Argument angeführt worden. Ich behaupte einfach einmal, dass die Situation vor einem Jahr völlig anders aussah, was vielleicht mit dem Wahlkampf, vielleicht aber auch gar nichts mit dem Wahlkampf zu tun hatte. Jedenfalls deutet nichts darauf hin, dass Herr Fielmann dem Land schon damals ein Angebot gemacht hatte.

Ein dänischer Ministerpräsident wurde einmal vor sehr vielen Jahren ganz schrecklich dafür gescholten, als er sagte: Man hat einen Standpunkt, bis man einen neuen einnimmt.

(Beifall bei der SPD)

Das wurde als Populismus pur dargestellt, was es ja vielleicht auch sein kann; aber trotzdem ist an dieser Aussage ja sehr viel Wahres, denn nichts ist statisch.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Dritte Bemerkung. Wir begrüßen die gefundene Lösung des Verkaufs und wir begrüßen diese Lösung ausdrücklich für die Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SSW und SPD)

Man darf nämlich nicht vergessen, wofür es geht. Es geht darum, dass Mittel frei werden für Investitionen im Kulturbereich. Es geht darum, dass wir ein Beispiel für das, was in diesem hohen Haus immer hoch gelobt wird, nämlich für private Public Partnership haben. Das kann man auch kritisch hinterfragen, aber genau darum geht es. Ich meine, man darf nicht vergessen, dass das unter dem Strich bei diesem Verkauf das Ergebnis ist.

Wir freuen uns darauf, dass die Investitionen getätigt werden können und dass dem Landesmuseum, der

Kulturstiftung und den soziokulturellen Zentren dadurch geholfen werden kann. Ich denke, es ist eine gute Lösung und wir sollten dem Ministerium dafür danken, dass es diese Lösung gefunden hat.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch diese Debatte wird es nicht schaffen, mir meine Freude über die gefundene Lösung, die ja schon einige Tage alt ist, zu nehmen. Sie bleibt und ist nachhaltig, das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich muss mich ein bisschen über manche Redebeiträge wundern.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wie so oft!)

Dieselbe Opposition, die - mit Recht übrigens - von der Regierung fordert, dass sie nachhaltige strukturelle Vorschläge

(Günter Neugebauer [SPD]: Die verweigert sich jedem Vorschlag! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

für die Aufrechterhaltung und Finanzierung von Institutionen macht, aber auch für den Umgang mit ihren eigenen Immobilien, stellt sich hier hin und sagt: aber das nicht und so nicht. Und das bloß deshalb, weil man uns den Erfolg nicht gönnt. Entschuldigung, aber so ist es.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ausgerechnet von der F.D.P. kommt nun das Wehklagen darüber, dass der Staat seine Kulturdenkmäler privatisiert. Dabei geht es doch um einen Unternehmer, der darin nicht irgendein beliebiges Hotel errichten will,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

und insofern war meine Aussage vor dem Bildungsausschuss „dies steht nicht zum Verkauf“ vor dem Hintergrund der vor acht Jahren angestellten Überlegungen der Landesregierung zu verstehen. Übrigens

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

kann ich mich da nicht an einen nennenswerten Protest von Ihrer Seite erinnern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer durfte für das Schloss denn noch mehr bieten? - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Vor acht Jahren standen Überlegungen im Raum, das Schloss an einen Investor zu veräußern, der darin ein Hotel und so weiter errichten wollte. Das ist geprüft worden und es sind Gutachten angefertigt worden. Ich kann Ihnen nur sagen, an einer solchen Lösung hätte ich schwer zu schlucken gehabt.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Warum denn? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum eigentlich?)

Heute geht es darum, dass sich jemand bereit erklärt, eine öffentliche Nutzung und einen öffentlichen Zugang zu einem Kulturdenkmal zu sichern und das Gebäude denkmalgerecht so wieder herzustellen, wie es der Staat heute eben nicht mehr kann, wie es sozusagen noch einem Fürsten- oder Herzogtum vor 400 Jahren möglich war. Das können wir heute nicht mehr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhalten wird auch meine Freude darüber, dass der gesamte Verkaufserlös der Kultur zugute kommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden damit **Salzau** ein Stück sanieren können und angemessen ausstatten, damit es den Namen „Landeskulturzentrum“ wirklich verdient. Dazu kam kein einziges Wort von Ihnen. Schade. Ich frage mich sowieso, wo bei dieser ganzen Debatte die Kulturpolitiker Ihrer Fraktion bleiben?

(Beifall bei SPD und SSW)

Für die Kultur ist das Ganze wirklich ein Gewinn. Auch die Stiftung „Schloss Gottorf“ - das möchte ich denjenigen in Ihrer Fraktion sagen, die sich oft für die Stiftung „Schloss Gottorf“ so stark machen, sie müssten sich eigentlich mit uns freuen -, und die Kulturstiftung des Landes, in der die Fraktionen ebenfalls gemeinsam sitzen und Geld vergeben, müssten sich darüber freuen, dass da ein bisschen mehr Spielraum für die Kultur da ist.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es ist klar, dass Sie uns das nicht gönnen. Das verstehe ich auch.

(Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

Aber natürlich freue ich mich auch über die breite positive Resonanz, die wir gefunden haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn es im Land schlecht geht, veräußern Sie immer etwas! - Lothar Hay [SPD]: Hören Sie doch endlich einmal zu! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Ich freue mich nicht nur über die Resonanz, die aus den Medien kam. Das will ich Ihnen versichern, auch wenn man sich natürlich über gute Schlagzeilen freut. Es haben sich auch viele Menschen aus der Kulturszene hoch positiv über diese Gesamtlösung geäußert.

(Lothar Hay [SPD]: Genau!)

Darüber freue ich mich auch. Nicht zuletzt hat der Landesrechnungshof gesagt: Unser Kompliment können Sie auch gern öffentlich verwenden.

(Lothar Hay [SPD]: CDU gegen Landesrechnungshof, das verstehe ich nun wirklich nicht!)

Also, meine Damen und Herren, dies wäre eigentlich eine Stunde gewesen, in der sich ein Stück der vorweihnachtlichen Gemeinsamkeit, die heute Morgen da war, hätte fortsetzen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich verhehle natürlich überhaupt nicht, dass es auch einen Wermutstropfen gibt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aha!)

- Das habe ich auch bisher immer gesagt, Herr Dr. Klug. Da brauchen Sie hier gar nicht „aha“ zu rufen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Man muss ja bei aller Freude sagen, dass es natürlich bei jedem positiven Vorgang auch immer eine Kehrseite gibt. Das ist doch klar. Und das ist hier die Auflösung des Internats. Aber ich betone hier gleichzeitig in aller Deutlichkeit - auch für die, die es noch nicht wissen sollten; es gibt immer wieder welche, die so etwas noch nicht wissen -: Dies ist keine Schule, es findet dort schon lange kein Schulbetrieb mehr statt. Es ist eine Erziehungs- und Wohneinrichtung für Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schularten aus den Schulen in Plön. Wir schließen keine Schule und es ist auch kein Bildungsabbau. Das weise ich hier mit Nachdruck zurück.

(Beifall bei SPD und SSW)

Dass genau diejenigen, die von uns gefordert haben, dieses Internat zu privatisieren und damit sich selbst

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

zu überlassen, es sozusagen in eine neue Trägerschaft zu übergeben, von mir jetzt fordern, ich solle sozusagen ein neues Internat errichten, halte ich für absurd.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich weiß natürlich, dass es viele Schülerinnen und Schüler gibt - vielleicht die Hälfte derer, die jetzt dort wohnen -, für die dieses Internat über Jahre hinweg ein Zuhause war. Wir wissen, dass die Fluktuation sehr groß war und ist. Aber trotzdem gibt es viele, für die dieses Internat ein Zuhause war und die jetzt schmerzlich Abschied nehmen müssen. Das ist schwierig. Wenn Kinder umziehen müssen, wenn sie eine Schule verlassen müssen und woanders hin müssen oder woanders untergebracht werden - es handelt sich ja um viele Kinder, die aus schwierigen Familienverhältnissen kommen -, dann ist das bitter und schwer. Wir wollen dabei helfen. Das **Internat St. Peter-Ording** - auch da irren Sie, meine Damen und Herren - hat bis zu 50 freie Plätze. Das zeigt, dass der Bedarf an Internatsplätzen im Lande auch ohne das Schloss Plön gedeckt werden kann.

(Beifall bei SPD und SSW - Glocke des Präsidenten)

Wir werden für jede Schülerin und jeden Schüler eine Anschlusslösung finden. Darüber ist im Bildungsausschuss schon gesprochen worden. Ich muss das hier nicht wiederholen. Ich bin gern bereit, Ihnen zu gegebener Zeit im Frühjahr des nächsten Jahres darüber zu berichten, welche Lösung wir gefunden haben.

Insgesamt kann ich sagen: Es ist eine hervorragende Lösung, die wir hier gefunden haben. Ich bedanke mich bei allen, die sich am Zustandekommen dieser Lösung beteiligt haben, und ich freue mich, dass die Stadt Plön, für die das Ganze ein hervorragender Beitrag zur Infrastrukturentwicklung und zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region ist, bereits signalisiert hat, mit der Fielmann-Gruppe Gespräche aufzunehmen. Ich glaube, in zwei bis drei Jahren wird die Meinung im Parlament insgesamt positiv sein. Das Schloss Plön wird in neuem Glanz erstrahlen und darüber kann man sich freuen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe mehrere Kurzbeiträge, die ich gleich aufrufen werde. Ich weise aber auch auf die Möglichkeit hin, nach § 58 der Geschäftsordnung das Wort ergreifen zu können. Ich erteile nun zunächst das Wort Frau Abgeordneter Kähler zu einem Kurzbeitrag.

(Zuruf von der SPD: Alle aus dem Kreis Plön!)

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder, der bisher in diesem hohen Hause zu diesem Thema geredet hat, wird ehrlicherweise zugeben müssen, dass man solche Verhandlungen nicht auf dem offenen Markt austrägt

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und dass man Informationen erst dann, auch unter parlamentarischer Einbeziehung, weitergibt, wenn man an einem Punkt angelangt ist, an dem man sagen kann: Die Vereinbarungen sind unterschriftsreif, vorausgesetzt - dies fordert ja auch die Landeshaushaltsordnung - das Parlament spielt mit.

Mir ist heute Morgen aufgefallen, dass es immer hieß: Die Frau Ministerin hat gesagt, das Schloss werde nicht verkauft; die Frau Ministerpräsidentin hat gesagt, das Internat bleibe. - Die Frau Ministerpräsidentin hat gesagt: Mit uns wird es keine Privatisierung geben. Ich sage Ihnen: Manchmal geht eine Entwicklung über eine einmal getroffene Aussage hinweg. Ich möchte die CDU nur daran erinnern, dass in ihrer Partei einmal das Ahlener Programm galt,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das war aber 1947, wir reden von Aussagen in diesem Jahr!)

mit dem sie die Banken verstaatlichen wollte.

Für mich ist viel wichtiger zu wissen - erstens -, dass es eine Zukunftsperspektive für die Schülerinnen und Schüler gibt. Das ist ein wichtiger Punkt. Aber ganz entscheidend ist auch - zweitens -, dass die Landesregierung einen weiteren wichtigen Erfolg für den Kreis Plön - eine relativ schwache Region - erzielt hat. Ich finde, wir können hochzufrieden sein, auch gerade angesichts des Verbundes mit dem Venture-Park Blumenburg.

Ich für meine Person darf mich ganz herzlich bei der Landesregierung dafür bedanken, dass sie so erfolgreich verhandelt hat. Ich freue mich, dass wir mit Herrn Fielmann einen Menschen gefunden haben, der sehr sensibel mit der Denkmalpflege und den kulturellen Belangen des Landes Schleswig-Holstein insgesamt umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmerone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Prinzip, Herr Dr. Klug, gehöre ich durchaus zu denjenigen, die sagen: Veräußerungen wertvollen Kulturgutes in Privathand sollte es möglichst nicht geben. Es wäre dann immer noch die zweitbeste Lösung. Nur, eines muss ich Ihnen auch sagen: Zwischen Schloss Plön und beispielsweise Herrenchiemsee oder dem neuen Palais in Potsdam besteht doch ein ganz gravierender Unterschied. Sie haben Ihr Interesse an diesem Thema erst jetzt entdeckt. Wo waren Sie denn, wo war denn die Opposition in den letzten 50 Jahren, in denen dieses Land nichts oder nur sehr wenig für dieses Schloss Plön getan hat? Das Schloss Plön ist letztlich von allen in den letzten 200 Jahren stiefmütterlich behandelt worden, auch von Ihnen. Das müssen Sie doch zugeben.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja peinlich!)

- Peinlich ist es, wenn Sie jetzt so aufschreien. Wo war denn Ihr Aufschrei, als es um das Plöner Zimmer in Gottorf ging? Das haben Sie doch gar nicht zur Kenntnis genommen. Reden Sie doch jetzt nicht so, als sei es Ihnen schon immer ein Anliegen gewesen, dass wertvolles Kulturgut nicht verloren gehe. Nein, die jetzt gefundene Lösung ist die einzige Chance, dieses Schloss für die Nachwelt vernünftig zu erhalten und es uns allen zugänglich zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

So, wie die Dinge momentan liegen, ist die jetzige Lösung nicht nur die zweitbeste, sondern die wirklich beste Lösung. Denn auch Sie haben es versäumt, sich um dieses Schloss zu kümmern.

Im Übrigen: Sprechen Sie einmal mit den Handwerkern der Region und fragen Sie sie, ob sie diese Aufträge nicht haben wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kalinka, Sie sagen, sie wollen die Aufträge nicht?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf doch um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Dr. Ulf von Hielmerone [SPD]:

Jetzt noch zum Internat: Ich habe - das muss ich als Ausschussvorsitzender sagen - die jungen Leute bewundert, dass sie den Verhandlungen im Ausschuss so diszipliniert gefolgt sind. Das war wirklich vorbildlich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Die sind enttäuscht von Ihnen!)

Aber eines muss man auch sagen: Es ist ja nicht so, dass die Schülerinnen und Schüler jetzt ins Bodenlose sinken. Insofern möchte ich für das zweite Internat im Lande werben, für das wir ja auch Verantwortung tragen, für das wir ja auch da sind.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Ministerin hat schon darauf hingewiesen: Dort sind Plätze frei. Wenn wir eine Übergangslösung schaffen, an der wir alle beteiligen, dann helfen wir den jungen Leuten auf ihrem weiteren Lebensweg. Wenn Sie den Schülerinnen und Schülern also helfen wollen, dann machen Sie den Weg frei, um hier einen gleitenden, möglichst nahtlosen Übergang zu schaffen. Damit helfen Sie ihnen wirklich und verbessern die Internatslage in unserem Land insgesamt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion, so wie wir sie jetzt führen, wird der Sache, so glaube ich, nicht ganz gerecht. Es geht um zwei Themen. Zum einen geht es darum, dass man für Plön und für die Region eine Lösung findet. Ich kann durchaus verstehen, dass die Freude dort jetzt groß ist. Aber das darf doch nicht das andere Problem übertünchen. Ich muss ganz deutlich sagen: Die Landesregierung hat nicht sorgfältig genug den Weg vorbereitet, damit die Betroffenen, die Schüler, angemessen einbezogen werden. Eine lapidare Aussage wie „In St. Peter-Ording sind noch 50 Plätze frei!“ wird, so finde ich, der Situation nicht gerecht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Jost de Jager hat gefordert, man solle die Schülerinnen und Schüler in Plön lassen und sie dort unterbringen; vielleicht gäbe es ja eine Möglichkeit, die Erziehungs- und Wohneinrichtung vorübergehend in ein Hotel zu verlegen. Es mag sein, dass es diese Möglichkeit nicht gibt. Zumindest hätte das aber ausreichend geprüft werden müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile noch einmal Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Frau Sassen, das, was Sie eben gesagt haben, kann ich auf den Mitarbeitern meines Hauses nun nicht sitzen lassen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine kurze Redezeit hier reicht nicht aus, um alles das darzustellen, was wir geprüft haben - übrigens parallel zu den Verhandlungen, die gelaufen sind, weil ja bis zum Schluss nicht absehbar war, ob sie wirklich zum Erfolg führen würden. Es wurden nicht nur unterschiedliche Modelle zur Weiterführung des Internats geprüft - das habe ich dem Ausschuss ausführlich berichtet -, sondern wir haben parallel die Option der Auflösung geprüft. Das habe ich also keineswegs lapidar dahergesagt. Denn auch das **Internat in St. Peter-Ording** hat - die örtlichen Abgeordneten müssten es eigentlich wissen - wirtschaftliche Probleme. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch dieses Internat ausgelastet ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich haben wir entsprechende Vorbereitungen getroffen, natürlich bekommen die Eltern Briefe und natürlich werden Gespräche geführt.

Die zweite Option ist, die Schülerinnen und Schüler in Plön zu belassen. Auch das habe ich dem Ausschuss dargestellt. Bitte tun Sie hier nicht so, als habe es darüber nicht schon nähere Informationen gegeben. Die Liegenschaft Koppelsberg bietet nicht nur hervorragende äußere Bedingungen, um die Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, sondern man ist dort auch bereit, dies zu tun. Das ist in Gesprächen mit der Kirche vorbereitet worden; dort ging es auch um die Kosten. Dies wäre eine gute Auffanglösung, die für die Schülerinnen und Schüler zudem den Vorteil hätte, dass sie ortsnah zu realisieren wäre.

Die dritte Möglichkeit ist, dass sich die Schüler selber Wohngemeinschaften suchen. Das können die Oberstufenschüler gern tun, aber dafür sind wir - das will ich ganz deutlich sagen - finanziell nun wirklich nicht zuständig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind zuständig für die pädagogische Betreuung derer, die dort ihren Schulabschluss machen wollen. Wenn sich Oberstufenschüler eine Wohngemeinschaft

suchen wollen, dann sollen sie das in privater Initiative tun. Wir nehmen sie ansonsten gern in Koppelsberg auf. Ich kann nur noch einmal sagen: Wir werden mit allen Betroffenen verantwortlich und dem Einzelfall gemäß umgehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Uns liegen der Bericht und die Beschlussempfehlung mit Drucksache 15/564 vor. Es wird die Ablehnung beider Anträge empfohlen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. gefolgt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

a) EU-Grundrechte-Charta

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/465

b) Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/482

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 15/566

Wenn die nötige Ruhe eingekehrt ist, möchte ich gern die Berichterstattung aufrufen.

Ich erteile dem Berichtersteller des Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Fischer, das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Ich bedanke mich für die sehr konstruktive Diskussion im Ausschuss und verweise in diesem Fall ausgesprochen gern auf die Vorlage.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank für diesen sehr umfangreichen Bericht, Herr Abgeordneter Fischer.

(Heiterkeit)

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Rodust das Wort.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Proklamation der Grundrechte-Charta der Europäischen Union und spricht dem Konvent, der die Charta in nur neun Monaten ausgearbeitet hat, ihre Anerkennung und ihren Dank aus. Auch wenn diese **Charta** nicht alle Wünsche erfüllt, stellt sie doch den ersten wichtigen Schritt für eine europäische Verfassung dar. Sie beinhaltet Freiheits- und Bürgerrechte sowie soziale Grundrechte. An der Spitze steht in Artikel 1 die Unverletzlichkeit der menschlichen Würde. Sie ist das Kriterium aller jetzigen und künftigen Mitglieder der EU. Die Charta muss nun in die europäischen Verträge aufgenommen werden, um möglichst bald Rechtsverbindlichkeit zu erlangen.

Die SPD-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass ein gemeinsamer Antrag von vier Fraktionen zustande gekommen ist. Damit wird die herausragende Bedeutung der Charta für alle Menschen im Lande deutlich. Wir bedauern, dass sich der SSW dem gemeinsamen Vorhaben nicht anschließen konnte.

Im Vorfeld des Beschlusses von Nizza hatte sich auch die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Professor Jutta Limbach, in die Diskussion eingeschaltet und ausgeführt:

„Wenn wir sicherstellen wollen, dass eine Globalisierung nicht dazu führt, dass Bindungen der öffentlichen Gewalt verloren gehen, müssen wir Grundrechte in einer europäischen Grundrechte-Charta formulieren. Sie muss für jedes Organ der Gemeinschaft verbindlich sein. Und jedes Organ muss sich daran messen lassen.“

Die Charta stellt ein Bekenntnis zur Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen in Europa dar und bekennt sich auch zu den Werten, die die Menschen in Europa leiten.

Nun kann man heute nicht nur eine Diskussion über die Grundrechte-Charta führen, ohne auf den **EU-Gipfel** in Nizza einzugehen. Natürlich freuen wir uns, dass die Charta der Grundrechte in Nizza verabschiedet worden ist. Doch das Gesamtergebnis der Regierungskonferenz ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, insbesondere da das **Vetorecht** einzelner Mitgliedstaaten weiter besteht. Das erschwert weiterhin zügige Entscheidungsprozesse. Mit qualifizierter Mehrheit ist eine Entscheidung nur dann gültig, wenn sie erstens mindestens 74,6 % der 354 Länderstimmen, zweitens eine einfache Mehrheit der EU Staaten und drittens 62 % der EU-Bevölkerung hinter sich hat.

Somit wird es auch künftig schwer sein, Mehrheiten zu bekommen.

Wichtigste Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Integration ist die Handlungsfähigkeit der Institutionen. Damit sind aber nicht nur die Regierungskonferenz, die Ministerräte und die Kommission gemeint, sondern auch und besonders muss das **Europäische Parlament** mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Demokratie und Transparenz sind hier die Stichworte. Eine verstärkte Einbeziehung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften ist in einer erweiterten EU unerlässlich, um Bürgernähe zu schaffen. Als Mitglied im Ausschuss der Regionen ergibt sich für mich daraus die Forderung, dass der AdR Klagerecht und den Status eines Organs der EU zuerkannt bekommt.

Nun möchte ich hier nicht nur kritisieren, sondern mich auch den positiven Ereignissen zuwenden. Die Kompetenzregelung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten wird auf einer Regierungskonferenz 2004 geregelt. Der **Osterweiterung** steht nichts mehr im Weg. Die Beitrittsländer haben in den vergangenen Monaten die Ärmel hochgekrepelt und in bewundernswerter Weise ihre Hausaufgaben gemacht.

(Rolf Fischer [SPD]: Sehr wichtiger Punkt! - Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Unsere Landespolitik der vergangenen Jahre in Richtung Ostseeanrainerstaaten war und ist richtig. Das Thema der Daseinsvorsorge wird bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts künftig Rechtssicherheit erlangen. Letztes ist insbesondere Bundeskanzler Schröder zu danken.

(Jürgen Weber [SPD]: Richtig! - Holger Astrup [SPD]: Jetzt, wo Sie das sagen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, bis zur nächsten Regierungskonferenz wird die Zeit schnell vergehen. Lassen Sie mich daher zum Schluss sagen: Es könnte Europas bestes Jahrhundert werden - Frieden nach innen und nach außen, soziale Sicherheit und Solidarität für den Schwachen, Schutz vor Kriminalität, Wohlstand durch sichere Arbeitsplätze, Vorreiter einer globalen Umweltpolitik, führend in Wissenschaft und Technik, eine produktive und vielfältige Kultur, Toleranz und Menschenrechte. So könnten die Slogans des neuen Europa heißen, die Zusammenarbeit begründen und Europas Identität beschreiben. Die Grundrechte-Charta ist hier ein erster wichtiger Schritt.

(Glocke des Präsidenten)

(Ulrike Rodust)

Meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun. Arbeiten wir gemeinsam weiter!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade in Zeiten wichtiger Entscheidungen, die die EU betreffen, müssen wir uns über das Wertefundament Klarheit verschaffen. Dem **Gipfel von Nizza** fiel in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle zu. Er sollte Reformmaßnahmen beschließen, die EU erweiterungsfähig machen und demokratische Legitimation stärken.

Ich sage hier ganz deutlich: Dieser historischen Herausforderung ist die Konferenz nicht gerecht geworden. Den europäischen Mitgliedstaaten fehlt es an einer gemeinsamen europäischen Vision. Reformen wurden auf einen Minimalkonsens reduziert. Die Organe sind nicht handlungsfähiger geworden und die anstehende Erweiterung der Union wird diese Versäumnisse bald schmerzlich sichtbar machen.

Die Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen gefährdet in immer stärkerem Maße die Zukunftsfähigkeit der Union. Wenn sich bei den Menschen im Land der Eindruck verfestigt, dass es bei europäischen Regierungskonferenzen nur noch um einen hochrangigen Teppichhandel gehe, werden wir die Menschen auf dem Weg in eine europäische Zukunft nicht mitnehmen können.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD], Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Gerade deshalb ist das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit von einzelnen Mitgliedstaaten ein wichtiger Ansatz, der in Nizza beschlossen wurde. Durch die **Charta der Grundrechte** werden das Fundament und die demokratische sowie rechtliche Kontrolle der europäischen Institutionen und ihrer Entscheidungen verbessert. Sie ist außerdem ein wesentliches Element eines künftigen europäischen Verfassungsvertrages. Der Konvent hat sich in der Präambel eindeutig zur zentralen Rolle der Menschenwürde und zum Prinzip der Subsidiarität bekannt. Dies ist ein Bekenntnis zum europäischen Menschenbild, das auf der christlichen Tradition und der Tradition der Aufklärung beruht. Sie ist nicht nur identitätsstiftend für

die Bürgerinnen und Bürger der Union, sondern darüber hinaus auch ein wichtiges politische Signal für die Staaten Mittel- und Osteuropas.

Die Charta garantiert den Bürgern einen Grundrechtsschutz im Rahmen der Zuständigkeit der Europäischen Union. Angesichts der nicht klar definierten Zuständigkeitsverteilung in EU- und EG-Vertrag unterstreicht die Verabschiedung der Grundrechte-Charta die Notwendigkeit einer umfassenden Zuständigkeits- und **Kompetenzabgrenzung** zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten. Wir als CDU begrüßen in der Charta insbesondere das eindeutige Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Berücksichtigung der Neuerungen im Rahmen der Medizin und Biologie, das ausdrückliche Bekenntnis zur unternehmerischen Freiheit, die institutionelle Garantie des Asylrechts sowie das Bekenntnis zur Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen in Europa.

Von der Charta geht auch eine Signalwirkung aus - nämlich die, dass die EU nicht mehr nur eine Freihandelszone und ein Binnenmarkt, sondern eine **Wertegemeinschaft** ist, die auf dem Prinzip der Demokratie beruht. Uns als CDU ist es dabei besonders wichtig, dass die Grundrechte-Charta die bisherige Zuständigkeit der EU nicht ausweiten darf; vielmehr sind ihre Anwendung und Ausübung besser zu kontrollieren und zu überwachen.

(Beifall bei der CDU)

Das für die Erarbeitung des Chartaentwurfs gewählte Verfahren eines **Konvents** hat sich bewährt. Vor allen Dingen hat es sich im Hinblick auf die sachliche Erarbeitung der Charta von dem sonst üblichen öffentlichen Erscheinungsbild der europäischen Institutionen erfreulich positiv abgehoben. Wenn es uns nicht gemeinsam gelingt, den Menschen in unserem Lande eine zukunftsweisende Vision von der Weiterentwicklung Europas zu vermitteln, dann werden sich - das sage ich Ihnen voraus - immer mehr Menschen von diesem für uns alle so wichtigen Bereich abwenden. Gerade der Schleswig-Holsteinische Landtag darf dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam das nächste Jahr nutzen, um auf allen Ebenen darauf hinzuwirken, dass endlich wieder eine Politik für Europa gemacht wird, die die Menschen in unserem Lande auf dem Weg zu einem geeinten Europa mitnimmt.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun erteile ich dem Herrn Abgeordneten Behm das Wort.

Joachim Behm [F.D.P.]:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen, meine Herren! Das große Spektakel von Nizza ist zum Abschluss gekommen; das Echo ist sehr geteilt. Ich will das Positive voranstellen: Am 8. Dezember wurde die europäische **Charta** der Menschenrechte feierlich proklamiert. Das Verfahren des Zustandekommens war einfach genial. Ein Konvent verfasste nach vielen Sitzungen unter der Leitung unseres Ex-Bundespräsidenten Roman Herzog den Text der Konvention. So ein Konvent ist in der Verfassung der Europäischen Union nicht vorgesehen, wurde aber auf dem EU-Gipfel in Köln am 4. Juni 1999 dennoch eingesetzt und kam in Nizza mit der feierlichen Proklamation zum vorläufigen Abschluss.

Die Parlamente der Mitgliedstaaten müssen der Konvention noch zustimmen. In einigen Ländern ist eine Volksabstimmung erforderlich. Aus der Sicht der F.D.P. muss die europäische Grundrechte-Charta Ausgangspunkt für eine künftige europäische Verfassung des vereinten Europas sein.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wegen der besonderen Bedeutung müssen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union nun die Gelegenheit haben, auf die Charta direkt Einfluss nehmen zu können. Sie sollten in einer **Volksabstimmung** über die Charta abstimmen. So weit zum Anliegen dieses gemeinsamen Antrages aller Fraktionen dieses Hauses!

Die F.D.P. ist angesichts der abgelaufenen und noch andauernden geschichtsträchtigen Periode erfreut, dass die europäischen Völker zu diesem Schritt in der Lage waren. Das werden wir mit unserer Zustimmung auch zum Ausdruck bringen. Erlauben Sie mir aber noch einige kritische Betrachtungen zum historischen **Gipfel von Nizza**. Die Verhandlungen wurden so anhaltend und kräftezehrend geführt, dass Bundeskanzler Schröder - wenigstens beinahe - schon die sauberen Hemden ausgingen.

Nun die Anmerkungen zu den Ergebnissen im Einzelnen. Es ging um die **Stimmengewichtung** der Länder im Ministerrat der Europäischen Union. Im Ergebnis hat man sich auf eine so komplizierte Lösung geeinigt, dass Abstimmungsergebnisse zukünftig nur unter Hinzuziehung von Verfassungsrechtlern festgestellt werden können. Weiter ging es um die Zusammensetzung der **Kommission**. Das Ergebnis ist, dass die Kommission künftig - also unter Beteiligung aller neuen Länder - so groß sein wird, dass man für die Zukunft nur schwerlich eine durchschaubare Handlungsfähigkeit erwarten kann.

Die größte Hypothek der Beschlüsse von Nizza sind aber die Politikfelder, in denen weiterhin einstimmige Entscheidungen gefällt werden müssen. Großbritanniens Premierminister Tony Blair konnte es nicht zulassen, in der Steuerpolitik überstimmt zu werden. Genauso setzte Frankreich sein Vetorecht für die Außenhandelspolitik durch. Spanien glänzte mit der Durchsetzung des Vetorechtes für die Verteilung der Euro-milliarden für die Förderung benachteiligter Regionen. Dabei hatten alle Länder selbstverständlich ihr gut gepflegtes Eigeninteresse im Blick.

Die Bundesregierung bestand erfolgreich auf der Wahrung des Einstimmigkeitserfordernisses in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen. Auch insofern gilt also das Vetorecht.

Mit Blick auf das jeweilige nationale Interesse kann man diese Verständigung auf stark modifizierte **Mehrheitsprinzipien** in der Kommission und im Rat der Union verstehen. Die Ministerpräsidentin hat sicher Recht, wenn sie sagt: „Es gibt nichts zu beschönigen: Das Ergebnis des Nizza-Gipfels bleibt hinter den Notwendigkeiten zurück.“ Die F.D.P. fügt hinzu: „Das Ergebnis von Nizza ist eine Enttäuschung.“

Für die F.D.P. beklage ich die Tatsache, dass diese Konferenz eine gut abgestimmte Verhandlungsführung zwischen Frankreich und Deutschland vermissen ließ. Leider wird die Folge sein, dass die Europabegeisterung auch in Deutschland weiter leiden wird. Europa wird zunehmend ein gefesselter Koloss, dessen Wohl und Wehe von Bürokraten bestimmt wird. Der „Spiegel“ schreibt in seiner jüngsten Ausgabe spottend: „Ein Land, das so verfasst wäre wie die Europäische Gemeinschaft, könnte niemals Mitglied der Union werden.“

Immerhin eröffnen die Grundrechte-Charta der EU und der erzielte Minimalkonsens in der Reform der europäischen Institutionen wenigstens den Weg, die Gemeinschaft nach Osten hin zu erweitern. Dies ist ein schwerer Weg, aber wir wollen ihn gehen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit der Proklamation der europäischen Grundrechte-Charta in Nizza ist die europäische Einigung - das muss man an dieser Stelle positiv vermerken - durchaus einen Schritt vorangekommen, auch wenn es nur ein kleiner Schritt ist. Die 15 Mitgliedstaaten der

(Rainer Steenblock)

Europäischen Union haben sich damit erstmals der vielbeschworenen europäischen Werteordnung genähert. Dieser **Werteordnung** wurde in 54 Artikeln Ausdruck verliehen und so wurde der Kern einer europäischen Verfassung beschlossen. In Anbetracht der Erwartungen, die man an den Gipfel von Nizza gestellt hat, ist das zwar nicht alles, aber doch ein Fortschritt gewesen.

Bis zur endgültigen Verabschiedung einer europäischen Verfassung wird es sicherlich noch viele Jahre dauern. Die europäische Grundrechte-Charta wird aber - das füge ich gern hinzu - in Europa Rechtsgestalt gewinnen. Darauf sollte man sich freuen, denn der entscheidende Fortschritt wird darin liegen, dass der Europäische Gerichtshof nun die Chance hat, die Grundrechte-Charta mit Leben zu erfüllen. Nicht mehr die ungeschriebene europäische Werteordnung bildet damit den Rahmen europäischer Rechtsprechung, sondern ein kodifiziertes europäisches Menschenrecht ist zukünftig Grundlage. Auch wenn die formale Eingliederung der europäischen Grundrechte-Charta in die europäischen Verträge noch nicht geleistet ist, ist das ein Schritt nach vorn. Darüber sollten wir uns freuen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist richtig - das ist von einigen Kolleginnen und Kollegen schon gesagt worden -, dass das einer der wenigen Erfolge ist, die beim Gipfel in Nizza zu verzeichnen waren. Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass der europäische Einigungsprozess - wenn er so weiterläuft wie beim Gipfel in Nizza dokumentiert - Gefahr läuft, in nationalen Egoismen zu erstarren. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass das eben die realistische Grundlage ist, in der wir zurzeit in Europa Politik machen.

Fortschritt ist in vielen Bereich - auch wir in Schleswig-Holstein können davon ein Lied singen - leider nur eine Schnecke. Das gilt besonders im Hinblick auf die Geschichte der europäischen Einigung. Nizza wird nicht als der große Reformgipfel in die EU-Geschichte eingehen. Er ist auch kein ruhmreicher Gipfel für die Grande Nation. Statt Interessensausgleich brachte Nizza vor allem Besitzstandswahrung. „Alles soll beim Alten bleiben!“, „Die Neuen sollen froh sein, dass sie dabei sein können!“ - lauten die Signale.

Fast alle Gipfelteilnehmer haben lieb gewordene Privilegien, die sie in diesem Prozess verteidigt haben: Die Briten beharrten auf einem Vetorecht in Steuerfragen, die Spanier auf dem Vetorecht bei den milliardenschweren Strukturhilfen, die Franzosen auf ihrem Kulturprotektionismus und die Deutschen - leider auch sie - auf einem Vetorecht bei der Asyl- und Einwanderungspolitik.

Ich finde es ausgesprochen bedauerlich, dass wir uns gerade in diesem Punkt europäisch profilieren müssen, aber auch das ist ein Stück Realität, die verändert werden muss.

(Zurufe)

Eine Koalition der Privilegierten hat die Reform verhindert, die für eine zukunftsfähige Erweiterung Europas notwendig wäre. Die nationalen deutschen Interessen - das hat auch Herr Stoiber sehr deutlich gemacht - sind bei dieser Konferenz kaum durchgesetzt worden. Der Verhandlungsmarathon hat - da möchte ich Ihnen ein bisschen widersprechen, Herr Behm -, wenn man das mit anderen europäischen Konferenzen vergleicht, nicht dazu geführt, dass die Protagonisten des Prozesses in zerknitterten Hemden, übernächtigt in die Kameras schauen, sondern es hat noch nie so wenig Nachtsitzungen bei einer europäischen Konferenz gegeben wie in Nizza. Auch das ist ein Manko dieser Entwicklung. Denn jeder weiß, dass bei solch wichtigen Themen die Entscheidungen eher in der Nacht als am Tage fallen. Auch das ist ein Kritikpunkt an der sicherlich nicht besonders guten Vorbereitung.

(Glocke des Präsidenten)

Der Machtpoker von Nizza - das ist das, was mich an dieser Stelle besonders traurig stimmt - hat die deutsch-französischen Beziehungen erneut schwer beschädigt. Vertrauen ist kaum noch da. Die Franzosen sind zu Recht enttäuscht über die mangelnde Solidarität ihres wichtigsten Partners, die Deutschen sind zu Recht enttäuscht von der miserablen Arbeit der französischen Präsidentschaft. -

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

So hart ist das in einem Kommentar der „Berliner Zeitung“ zu lesen.

Ich glaube, dass diese Einschätzung nicht ganz richtig ist, aber sie zeigt die Tendenz an. Das für Europa so wichtige Pärchen Deutschland/Frankreich hat zurzeit eher eine Auszeit und lebt eher getrennt voneinander.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Robert Schuman, Monnet, Carlo Schmid bis hin zu Helmut Kohl, die sich visionär für Europa eingesetzt haben - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Steenblock - -

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident. - Diese geschichtsträchtigen Personen, die sich visionär für Europa eingesetzt haben, wollten eine friedliche Wohngemeinschaft in Europa errichten. Wir haben zurzeit ein Haus mit lauter nationalen Eigentumswohnungen. Dies ist ein Prozess, der nur von anderen Strukturen als den nationalen Regierungen - das ist meine feste Überzeugung - verändert werden kann, von unten und durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Nur so werden wir zu einem Europa der Völker kommen.

Ich wünsche uns allen viel Kraft, dass wir die unbefriedigenden Ergebnisse von Nizza in einen Prozess umwandeln können, der doch noch zu einem friedlichen und gemeinsamen Europa führt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich mit dem Ende anfangen.

(Heiterkeit und Beifall)

- Hier sollte nicht applaudiert werden, lieber Kollege Astrup, denn ich möchte deutlich machen - wie bereits im Europaausschuss angekündigt -, dass sich der SSW bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt der Stimme enthalten wird.

(Beifall beim SSW)

Das tun wir nicht, weil wir nicht Stellung beziehen wollen. Wir sind aber der Meinung, dass ein zentraler Punkt fehlt. Weder in der Charta selbst noch in der Beschlussempfehlung des Europaausschusses sind Bestimmungen zum Schutz nationaler Minderheiten in Europa enthalten. Wir bedauern sehr, dass diese Forderung, die aus dem Ursprungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hervorging, aus der Beschlussvorlage des Europaausschusses herausgenommen worden ist.

Nun kann man vielleicht zu Recht dagegen einwenden, dass all dies sowieso Schnee von gestern sei. Die Grundrechte-Charta ist beschlossene Sache und nach Nizza drängen sich nunmehr ganz andere Probleme

auf. Das mag seine Richtigkeit haben. Wir wissen ja auch, dass dieser Tagesordnungspunkt eigentlich schon auf der Oktober-Tagung hätte debattiert werden sollen, und da hieß es noch nicht „post Nizza“. Was heute passiert, könnte daher eher als eine Evaluation des Nizza-Prozesses umschrieben werden. Bei einer Redezeit von fünf Minuten ist das wahrlich kein einfaches Unterfangen.

Ich möchte trotzdem diesen wesentlichen Punkt noch einmal aufgreifen, weil ich glaube, dass die Europäische Union nicht umhinkommen wird, früher oder später diesen Fehler zu heilen.

Erinnert werden muss, dass sich etwa 14 % der Bevölkerung Europas aus Bürgern zusammensetzt, die nicht der offiziellen sprachlichen und kulturellen Gemeinschaft des jeweiligen Staatsvolkes angehören. Die Rechte auf das Erlernen, auf den freien und öffentlichen Gebrauch der eigenen Sprache sowie auf den Zugang zu den Medien und auf kulturelle Identitätsfindung müssen allen Bürgern Europas, sowohl individuell als auch kollektiv, zugestanden werden.

(Beifall beim SSW)

Bis heute werden diese Rechte jedoch in ihren Ländern beziehungsweise auf europäischer Ebene meist nur in unzureichender Weise beachtet. In einigen Mitgliedstaaten der EU wird das Gebot der Gleichbehandlung von Minderheiten regelmäßig verletzt.

Erst in den 90er-Jahren wurde von den internationalen Institutionen Europas das Bedürfnis nach politischen und rechtlich bindenden Standards zum Schutz von **nationalen Minderheiten** und Sprachgemeinschaften erkannt und in zaghaften Schritten umgesetzt. Die Bundesrepublik hat denn auch wie andere Staaten in Europa die Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und die Sprachencharta ratifiziert. Diese international anerkannten Mindeststandards sollten aber auch in die Verträge der Europäischen Union Eingang finden.

Vermisst werden Regelungen, die es den EU-Institutionen auferlegen, die Chancengleichheit von Minderheiten sicherzustellen. Dies ist nur zu erreichen, wenn allgemein akzeptiert wird, dass Menschenrechte allein nicht dazu geeignet sind, Minderheitenrechte abzusichern.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten
Hermann Benker [SPD])

Dass dabei auch die Minderheitenregelung des deutsch-dänischen Grenzlandes und die schleswig-holsteinische Landesverfassung ins Spiel gebracht wurden, sei hier nur am Rande angemerkt.

(Anke Spoorendonk)

Dass man beim Minderheitenschutz in Nizza nicht weitergekommen ist, ist besonders bedauerlich angesichts der Tatsache, dass Minderheitenpolitik vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union eher noch an Bedeutung gewinnen wird.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den neuen Mitgliedsländern gibt es eine ganze Reihe ungelöster Minderheitenproblematiken, die zum Gegenstand des Aufnahmeprozesses gemacht worden sind. Nicht zuletzt deshalb ist der angesprochene Mangel der Grundrechte-Charta ein Problem. Es kann im Grunde genommen nicht angehen, dass die Messlatte in Sachen Minderheitenschutz für die Beitrittsländer so hoch gehängt worden ist, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht gewillt sind, mit gutem Beispiel voranzugehen. Diese Chance ist leider vertan worden.

(Beifall bei SSW und SPD)

Zu der Regierungskonferenz in Nizza ist in der vergangenen Woche vieles, vielleicht auch schon alles gesagt worden. Mit am treffendsten formulierte es nach Zeitungsberichten der Direktor des European Policy Center, John Palmer, der gesagt haben soll, dass der Ablauf der Regierungskonferenz ganz gut illustrierte, warum ein großes EU-Land keine gute Vertragsrevision hinbekomme. Die Schlussfolgerung müsse sein, dass es in Zukunft nicht mehr möglich sein werde, 30 Regierungschefs über ein verlängertes Wochenende in einen Raum einzusperren, in der Hoffnung, dass dadurch ein annehmbares Verhandlungsergebnis zustande kommen wird.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident!

Für den SSW ist dabei die entscheidende Frage, ob eine Erweiterung mit den jetzigen Strukturen überhaupt möglich sein wird. Mit dem Ergebnis von Nizza werden viele Ungereimtheiten deutlich. Grundsätzlich bleibt es problematisch, dass mit immer mehr Mitgliedern die Strukturen immer undurchschaubarer, komplizierter und letztlich auch undemokratischer werden.

Aus Sicht des SSW ist es an der Zeit, andere Visionen in der europäischen Zusammenarbeit zu entwickeln. Dazu gehört die regionale Zusammenarbeit, wie wir sie aus dem Ostseeraum kennen. Dazu gehört auch der Gedanke, dass in Anlehnung an die Erfahrungen mit dem Konvent bei der Ausarbeitung der Grundrechte-Charta die nationalen Parlamente stärker in den Planungsprozess der EU eingebunden werden sollten.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim EU-Gipfel von Nizza mussten die Teilnehmer in die Verlängerung gehen und fast wäre der Gipfel gescheitert. Die Gründe dafür sind vielfältig; sie liegen vor allem in den Eigeninteressen der einzelnen Länder, in der Dickköpfigkeit der einzelnen Vertreter und in den anstehenden Wahlen in einzelnen Ländern. Einer der Hauptgründe ist aber meiner Meinung nach, dass man einen EU-Gipfel nicht wie eine Papstwahl organisieren und durch „Seelenmassage im Beichtstuhl“ - solche Begriffe kommen dort vor - so lange warten kann, bis der weiße Rauch austritt, und sich dann wundert, dass die draußen Stehenden sagen: Das geht mir aber am Herzen vorbei; ich bin nie gefragt worden, ob ich das haben wollte. Entscheidungen werden so getroffen, dass sie nicht an die visionäre Kraft der europäischen Bevölkerung appellieren und deren Herzen nicht ansprechen.

Der Gipfel von Nizza hat die anstehenden Probleme leider nur zu einem kleinen Teil gelöst. Nationale Egoismen sind nicht überwunden worden und es darf einen nicht wundern, wenn die Beitrittsländer überrascht und erstaunt auf Europa gucken, von dem sie sich so viel erwünscht haben und an dem sie jetzt langsam Zweifel äußern. Es ist weder eine durchgreifende Reform der Institutionen durchgesetzt worden noch konnte man sich auf das Mehrheitsprinzip einigen.

Wir können also festhalten, dass sich die Union nicht in großen Sprüngen entwickelt, sondern mit angezogener Handbremse. Das führt am Ende dazu, dass Quietschgeräusche entstehen. Das Ganze ist bedauerlich, aber es war in der Vergangenheit schon Realität und ich vermute, dass es sich auch in den kommenden Jahren nicht schlagartig ändern wird.

Besonders bedauerlich ist, dass auf entscheidenden Politikfeldern weiterhin das **Vetorecht** gilt. Auch die qualifizierte Mehrheit wird in vielen Bereichen erst später eingeführt. Die Europäische Union hat sich also selbst in einen gefesselten Koloss verwandelt, ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen selbst eingeschränkt. Eine erweiterte Union wird mit diesen Minimalkonsensen keineswegs überleben und auch keineswegs die kraftvolle Politik nach außen betreiben können, die wir uns zum Wohl der Bürger wünschen.

Aber es hat auch einige Fortschritte gegeben. Die **Beitrittsländern** haben ein klares Signal für den Beitritt im Jahr 2004 erhalten. Der so genannte Post-Nizza-Prozess, von Bundeskanzler Schröder mit ange-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

regt, wird uns allen die Möglichkeit geben, das europäische Haus zu modernisieren und zu stabilisieren. Das ist auch für uns in Schleswig-Holstein, in der Ostseeregion, für unsere Ostseekooperation ein wichtiges Signal.

Beim Thema Daseinsvorsorge haben die Staats- und Regierungschefs festgestellt, dass bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts verstärkte Rechtssicherheit gelten muss. Das war ein Hinweis an Herrn Monti, um einmal einen Freund zu nennen, den ich immer wieder gern in den Akten des Schleswig-Holsteinischen Landtags wiederfinde.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat also die Position der deutschen Länder erfolgreich vertreten. Dafür gebührt ihm aus Sicht der Länder Dank. Er ist ihm von einigen Regierungschefs auch schon vor laufender Kamera gezollt worden. Die Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten wird ebenfalls 2004 auf einer Regierungskonferenz geregelt werden. Das geht, wie gesagt, nicht mehr nach dem Prinzip der Papstwahl.

Mit der **Charta der Grundrechte** ist ein wichtiges Dokument über die gemeinsamen Grundlagen der Union verabschiedet worden, das sich aus dem gemeinsamen europäischen Erbe speist und das hoffentlich Schluss damit macht, dass der so genannte *acquis communautaire* mit seinen 80.000 Seiten, angesichts dessen jedem, der ihn sich vorstellt, schlecht werden muss, nicht die Handlungsschnur für europäisches Handeln ist. Die Grundrechte für die Bürger sind die Handlungsschnur. Daran orientieren sich die Institutionen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Günther Hildebrand [F.D.P.])

Diese Charta muss Rechtsverbindlichkeit enthalten, sie muss in die europäischen Verträge aufgenommen werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollten 2004 zusammen mit den Wahlen zum Europäischen Parlament über die Charta abstimmen. Sie sollten später über den Präsidenten der Kommission mit abstimmen, und der Präsident müsste mehr Rechte bekommen. Die Menschen sollen jedenfalls in Zukunft ein Instrument in der Hand haben, um sich auch gegen Beschlüsse aus Brüssel wehren zu können, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Rechte dort nicht ausreichend beachtet worden sind.

Jedem muss klar sein: Die Finanzmärkte strafen jeden, der politisch nicht handlungsfähig ist. Wer glaubt, man kann den Euro allein retten, ohne sich über die politischen Grundlagen Gedanken zu machen, wird merken,

dass der Euro weiter auf Talfahrt bleibt und sich nicht so schnell erholt, wie wir es uns wünschen.

Wie wir die anstehende WTO-Runde mit den USA überstehen wollen, wenn wir nicht mit einer Stimme sprechen, ist mir nach wie vor ein Rätsel. Aktuelles Beispiel war der Klimaschutz, bei dem die Vorstellungen in Den Haag vor allem daran gescheitert sind, dass Europa nicht mit einer Stimme sprechen und sich damit nicht gegen die Vereinigten Staaten und andere durchsetzen konnte.

Eine europäische Verfassung ist also die Grundlage gemeinsamer Ziele und Werte und einer gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung zum Wohle von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Sie sollte deswegen in den Vertrag übernommen werden. Eine klare **Kompetenzverteilung** zwischen den verschiedenen Ebenen der Union führt zur Transparenz und dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen, wer was für sie bestimmt. Der Vertrag muss verständlich sein. Man muss nicht erst einen Übersetzer und Experten und eine Kommission von hochrangigen Professoren hinzuziehen, um zu wissen, was sie eigentlich von einem wollen oder was man auf keinen Fall machen darf. Die Charta wird ein Katalysator für die Diskussion um die Zukunft Europas sein. Europa muss für die Menschen wieder etwas werden, für das es sich lohnt zu streiten, für das sie sich engagieren, das sie im Herzen anspricht. Es muss ein Europa der Menschenrechte sein, der sozialen Gerechtigkeit, des wirtschaftlichen Wohlstands, der regionalen Eigenheiten und der Einheit in der Vielfalt.

Zusammengenommen ist also die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Kultur, über die wir uns leidenschaftlich auseinander gesetzt haben, in Zukunft die Basis für ein gemeinsames Europa, in dem sich die Menschen wohl fühlen und in dem nicht nur der wirklich lebenswürdige Satz des lebenswürdigen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson gilt: „Wir werden sagen, es war prima, weil wir das immer gesagt haben“, sondern wenn man einmal sagt, es war prima, weil es prima war.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich lasse über die Anträge in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Anträge

(Präsident Heinz-Werner Arens)

in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung des SSW angenommen.

Wir haben noch über einige wenige Anträge ohne Aussprache abzustimmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 1999

Bericht des Ministers für Finanzen und Energie
Drucksache 15/540

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschließen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Stellungnahme in dem Organstreitverfahren des Mitgliedes des Deutschen Bundestages Ronald Pofalla gegen den Deutschen Bundestag und den Präsidenten des Deutschen Bundestages wegen Verletzung von Abgeordnetenrechten

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/552

Das Wort erteile ich der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 29. November 2000 mit dem eben bezeichneten Verfahren beschäftigt und empfiehlt dem Landtag einstimmig, von einer Stellungnahme abzusehen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, wir vollziehen das hier einstimmig nach.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 23, 24 und 25 auf.

Gemeinsame Beratung**a) Entwicklung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/187

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/561

b) Zukunft der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/237

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/256

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/259

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/562

c) Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/365

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/563

Das Wort erteile ich gern dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten von Hielcrome.

Dr. Ulf von Hielcrome [SPD]:

Zu Tagesordnungspunkt 23: Im Einvernehmen mit dem Agrarausschuss empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Zu Tagesordnungspunkt 24: Im Einvernehmen mit dem Agrarausschuss empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen aller Fraktionen, die Anträge für erledigt zu erklären.

Tagesordnungspunkt 25: Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag in der ausgedruckten Fassung anzunehmen.

Und schon zu Tagesordnungspunkt 27 berichte ich: Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den gut vorbereiteten Bericht.

(Heiterkeit und Beifall)

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann werden wir jetzt abstimmen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Zu a), Tagesordnungspunkt 23: Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der F.D.P. für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Abstimmung zu b), Tagesordnungspunkt 24: Hier wird ebenfalls empfohlen, die Anträge Drucksachen 15/237, 15/256 und 15/259 für erledigt zu erklären. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ebenfalls einstimmig!

Zu Tagesordnungspunkt 25 habe ich über den Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/265, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir auch hier einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Auswirkungen von Multimedia an Schleswig-Holsteins Schulen

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/434

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 15/565

Auch hier erteile ich wieder dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielcrone, das Wort.

(Zurufe von der SPD und der CDU: Dazu hat er schon berichtet! - Dr. Ulf von Hielcrone [SPD]: Aber ich kann es gern wiederholen! - Heiterkeit)

- Dank der guten Vorbereitung ist mir das entfallen.

Ich danke noch einmal dem Herrn Berichterstatter und frage, ob das Wort zum Bericht gewünscht wird. - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Es wird empfohlen, die Antwort zur Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

a) Verringerung der Arbeitslosigkeit längerfristig Arbeitsloser

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/215

b) Erfolgskontrolle im Programm „ASH 2000“

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/431

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/568

Das Wort erteile ich dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verweise ich auf die Vorlage.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke sehr. Es ist keine Wortmeldung erfolgt. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 15/431 für erledigt zu erklären und den Antrag Drucksache 15/215 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Empfehlung mit den Stimmen von SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU gefolgt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Finanzielle Absicherung des Programms „Ziel: Zukunft im eigenen Land“ (2000 - 2006)

Bericht der Landesregierung

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 15/579

Ich erteile der Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses, Frau Abgeordneter Strauß, das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit dem Bericht der Landesregierung in seiner Sitzung am 6. Dezember dieses Jahres befasst und schlägt dem Landtag einstimmig vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme. - Wer so beschließen will, den bitte ich um den Handzeichen. - Stimmenthaltungen und Gegenstimmen sind nicht zu verzeichnen. - Also einstimmig beschlossen!

Meine Damen und Herren, ich will noch bekannt geben, dass der Beginn der nächsten, der 9., Tagung am

(Präsident Heinz-Werner Arens)

24. Januar 2001 um 10 Uhr sein wird und dass wir vom 27. Dezember 2000 bis 6. Januar 2001 eine sitzungsfreie Zeit haben.

Bevor ich die Sitzung offiziell schließe, will ich gern etwas vor die Klammer ziehe. Wir haben den heutigen Tag mit dem ersten Redebeitrag einer Abgeordneten begonnen. Wir werden ihn mit dem Blick auf zwei letzte Amtshandlungen beenden. Zwei Mitarbeiter, Herr Burdinski und Herr Steinke, werden am Montag ganz offiziell verabschiedet werden. Aber wir erleben die Stunde mit, in der zum letzten Mal in einer Plenarsitzung die Worte aus der Feder von Herrn Burdinski - Stenographischer Dienst - auf das Papier fließen, unwiderruflich zum letzten Mal.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir werden den Moment miterleben, in dem Herr Fredy Steinke das letzte Mal in seiner unnachahmlichen Art die Tür nach einer Plenarsitzung öffnen wird, um das Parlament nach draußen zu entlassen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Beiden Mitarbeitern - der Beifall hat es gezeigt - ein herzliches Dankeschön und alles Gute!

(Beifall - Fraktionsvertreter überreichen Blumensträuße)

Das ist das Ende dieser Plenarsitzung, das Ende der Plenartagungen im Jahr 2000. Alle Plenarsitzungen sind jetzt Geschichte.

Wir haben ein abwechslungsreiches Jahr mit vielen Freuden, Erwartungen, Enttäuschungen, großen Ereignissen hinter uns. Wir hatten die Aufgabe - ich denke, das war die zentrale -, als Parlament nach der Landtagswahl vom Früh-Frühling im Februar wieder arbeitsfähig zu werden.

Mit der Verabschiedung des Haushalts 2001, der politisch unterschiedlich bewertet worden ist, hat der Landtag unter Beweis gestellt, dass die Arbeitsfähigkeit zu Beginn der Legislaturperiode wieder voll hergestellt worden ist. Mit diesem Schwung kann es ins Jahr 2001 gehen.

Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich persönlich für das Weihnachtsfest besinnliche Stunden möglichst im Familien- und Freundeskreis, für das kommende Jahr 2001 alles Gute.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:18 Uhr